









„Auch in unserem Lande ändern sich schon diese Begriffe,“ sagte sie dann, „und Ihnen sieht man Ihre fünfundsiebenzig Jahre, die Sie so sehr herausgestrichen, durchaus nicht an. Doch das läßt sich nun einmal nicht ändern. So ernst Sie

„Ich werde mein Möglichstes tun, das Vertrauen der Frau Gräfin zu rechtfertigen.“

„Wenn du meine Tante sein willst“, sagte der Kleine in schlechtem, gebrochenem Deutsch, „so werde ich dir das Pferd zeigen, das mir der Bassi mitgebracht hat. Es hat einen großen Kopf, aber keine Augen, und wenn ich ihm, wie halt

„Und warum dies?“  
 „Er hat sie reiten lassen wollen und sie ist  
 von dem braunen Pferde gefallen, das ihm der  
 Bach gebracht hatte. Da hat er sie geschlagen  
 und in die kalte Kammer gesperrt, o meine arme  
 Puppe!“ Tränen standen in den Augen des  
 sanften Kindes.



Führungsfunktion für die Deutschen im Dnjpr. Die ersten Lebensmittellieferungen waren eingetroffen. Schon glaubte man, daß eine Besserung der traurigen Lage eintreten würde. Da kam ein neuer Schlag: die Errichtung der Brangel-Sowjetfront, die eine weitere Hilfe unmöglich machte.

Wie sich das Leben der Kosaken in der Folgezeit gestaltet hat? Es ist wenig darüber bekannt geworden, viele Aufstände haben seitdem in der Ukraine getobt. Wohl soll es der Sowjetultrafischen Regierung gelungen sein, das Bandenwesen in Südrussland zum größten Teile zu liquidieren, keinen Damm aber vermochte sie gegen die große Hungersnot zu errichten. Sie trifft die Reste des Kosakentums in Südrussland mit vernichtender Gewalt. Die Welt weiß zu wenig von diesem Elend, sie müßte sich helfen, wenn es auch Deutsche sind, die in Rußland verhungern, menschliches Mittel verdrängen sie alle.

## Dornen und Disteln.

Pfaffen sollen beten... Wie lange ist es doch her, daß diese Worte ausgesprochen wurden. Niemals wurden sie so wenig beachtet, als gerade heute. Der moderne Geistliche ist oft Seelsorger, Diener Gottes nur im Nebenamt, seine Hauptbeschäftigung, die ihm sehr oft seelische Befriedigung gibt, liegt auf ganz anderem Felde. Unter den führenden Politikern der Jetztzeit befinden sich viele Geistliche. Wir brauchen nur an die unheilvolle Tätigkeit unserer heimischen Politiker im Priesterrock: Lutoslawski, Teodorowicz, Bursche, zu denken.

Neben dieser Sondergattung von Priestern tritt jetzt eine neue Species auf den Plan: der Schieber-Priester. Es ist das ein Produkt der ultramaterialistischen Jetztzeit, die sogar diejenigen Menschen in ihren Bann zieht, deren Beruf es ist, auf die Nichtigkeit alles Irdischen hinzuweisen. Der „Robotnik“ druckt den Brief eines polnischen Priesters ab, der darauf Anspruch erheben darf, als Dokument unserer Zeit zu gelten. Das Schreiben, das an verschiedene Warschauer Firmen gesandt wurde, lautet:

Sehr geehrter Herr!

Vor dem Einfall der Deutschen und der Bolschewiken ist es mir gelungen, in Lomza 400 Flaschen Wein (16-60 Jahre alte ungarische (Tokayer) Weine) sowie 70 Flaschen Schnaps (Starka) zu verbergen. Sollten Sie bereit sein, eine Bestellung auf solche Seltenheiten zu machen, so bitte ich Sie, mir umgehend mitzuteilen, was ich heute für eine Flasche Wein oder Schnaps erhalten kann. Erwünscht ist nur amerikanische, englische oder französische Valuta.

Z. Zt. Kolweitschen (Ostpreußen), 2. Juni 1922.  
Probst W. Kuderkiewicz.

Die Rennsaison hat in Moskau nach einer fünfjährigen Unterbrechung wieder ihren Anfang genommen. Wie aus Moskau gemeldet wird, war der Andrang des Publikums trotz des hohen Eintrittspreises von einer Million Rubel sehr groß. Der Totalisator machte Umsätze in astronomischen Zahlen. Die Damen waren nach letzter Mode gekleidet. Das Orchester spielte die Internationale, danach verschiedene Märsche. Die gesamte neue Bourgeoisie war erschienen und weitestente mit den Sowjetaristokraten im Gelbauseben. Die „Pravda“ klagt, solchen Luxus habe es selbst zur Zarenzeit nicht gegeben.

Was will man haben? Aus reichgewordenen Proletariern können eben nur „Bourgeois“ werden, mit allen den häßlichen Seiten der unkulturellen, sich für die bisherigen Entbehrungen schädlos haltenden Emporkömmlinge.

Ein Herr Artur Landsberger läßt sich in der mondän illustrierten Zeitschrift „Reigen“ wie folgt vernehmen:

„Ich setze es unbedenklich hin, das Wort,

„So wollen wir hinaufgehen und sie wieder befreien. Wir legen sie in ihr Bettchen, dann wird sie wieder warm,“ sagte Elisabeth und fuhr liebevoll über den glänzenden Scheitel des Kindes.

Und es war seltsam, wie weich ihre Stimme und wie seelenvoll, wie kindlich warm das in seiner reinen keuschen Ruhe fast erste Antlitz war. Sie fühlte sich mächtig angezogen von der stillen, traurigen Art des Kindes.

„Erlauben Sie, Exzellenz, daß ich mit den Kindern gehe,“ wandte sie sich an die Gräfin.

Diese verneinte. Es sei vier Uhr und die Zeit, wo man sich zur Mittagstafel verfüge. Sie befahl der Danka, mit den Kindern voraus zu gehen.

„Ich wollte Ihnen noch etwas sagen, Fräulein Werner,“ sprach die Gräfin sich erhehend. „Ihre Art, mit Kindern umzugehen, gefällt mir; aber auf eins möchte ich Sie aufmerksam machen. Ich will gleich in der ersten Stunde das Verhalten geregelt und geordnet wissen... Im gräflichen Schlosse Csilagi werden die Kinder mit „Sie“ angesprochen.“

Elisabeth stand einen Augenblick still mit gesenkten Wimpern, dann erhob sie ihr Auge groß und ruhig zu dem Antlitz der stolzen Frau, und ebenso fest und klar war ihre Stimme, als sie sagte: „So werde ich Sie bitten, Frau Gräfin, mich von diesem Geseh auszuscheiden. Das Kind, das ich bilden und erziehen soll, das sich vollständig meinem Willen unterordnen muß, kann

# Deutsche Eltern!

Wenn Eure jetzt schulpflichtig werdenden Kinder eine **deutsche Schule** besuchen sollen, so müßt Ihr eine diesbezügliche **Erklärung** an den Schulrat einreichen.

Die Frist läuft schon am **30. Juni** ab!

Vordrucke sind **Piramowiczstraße 5** zu haben.

2735

## Deutsche Eltern, versäumt nicht Eure völkische Pflicht.

das eine verlogene Bourgeoisie empören wird, daß nämlich die Kokotte als der vollendetste Frauentyp der Schöpfung anzusprechen ist. Freilich, wer die Mutter mit dem Säugelien an der Brust als Idyll empfindet und gegen den Geruch feuchter Windeln immun ist, dem mag die Mutter am weitesten erscheinen, die die meisten Kinder gebiert. Komisch, daß man diese für Menschen mit Kulturempfinden tierischen Funktionen gerade bei den Frauen so hoch wertet.“

Herr Landsberger wirft ein bezeichnendes Licht auf die sittlichen Anschauungen gewisser Kreise in Deutschland. Alles, was recht ist: Herr Landsberger ist mein Mann. Wenn er in dieser Offenheit verharret, soll ihm meine Achtung treu bleiben und es soll mir nichts verschlagen, daß seine soziologische Unwissenheit in der Kokotte einen Typ der „Schöpfung“ sieht, während sie leider einen Typ der menschlichen Gesellschaft darstellt. Es ist erfreulich, in ihm einen Menschen mit „Kulturempfinden“ zu beggenn, mit einem so zarten Kulturempfinden, daß ihm eine säugende Mutter durch ihre „tierische Funktion“ Anstoß erregt. Da er die Kokotten anschwärzt, scheint er anzunehmen, daß diese Damen in ihrem Beruf überwiegend die seelischen Funktionen strapazieren, was nun freilich ein Irrtum ist. Derartige romantische Illusionen sind aber von der empfindsamen Lyrik einer Troubadourseele nur schwer zu trennen, und so mögen sie als sympathische Begleitererscheinungen der derzeitigen Vornehmheit gern vergeben sein.

Wir lesen in den „Streiflichtern“ der „Welt am Montag“: Die nationalisistische Rindviehherde... Das ist grob gesagt, denkt der pfiffige Leser... aber, obwohl Grobheit zu manchen Zeiten durchaus am Platze ist: diesmal reden wir von einer richtigen, vierbeinigen Herde. Daß das Rindvieh im Innern seines noch ungekochten und ungeschmorten Herzens nationalisistisch ist, war eigentlich schon immer zu vermuten. Beweis: der Stier kommt durch nichts so in Wut, wie durch den Anblick einer roten Fahne. In dieser Zeit scheint nun aber diese nationalisistische Einstellung des Rindviehs (wie gesagt: des vierbeinigen!) schon den Landwirten Sorge zu machen. Darauf läßt folgendes Inserat schließen, das wir in der Neuener „Gavelländischen Rundschau“ vom 27. v. M. lesen:

National gesinnten Kuhhirten oder Schäfer zum Hüten einer Rindviehherde stellt ein Rittergut Dyrög, Station Wulstemark. Weiter lesen wir im gleichen Blatt: Die Geistesverfassung militaristisch-reaktionärer Kreise dokumentiert sich gelegentlich selbst noch in Todesanzeigen. In der Provinzpresse gibt es dafür ständige charakteristische Belege. So widmet eine Vereinigung, die sich „P. a. v. o. i.“ unterzeichnet, im „Grünberger Tagebl.“ einem im Alter von 21 Jahren verstorbenen „ehemaligen Sahnenjunker“ eine Anzeige, in der es heißt:

„Er war geboren, um den ehrenvollen Posten eines Soldaten auszufüllen; da die gegenwärtige Zeit aber kein Verständnis für die soldatischen Tugenden zeigt, erlöste der Tod ihn von einem Dornenwege.“

ich nicht als Ebenbürtigen behandeln und mit „Sie“ ansprechen.“

„Ich finde Ihre Sprache etwas seltsam, Fräulein Werner,“ unterbrach sie die Schloßherrin, in deren kaltes, strenges Gesicht doch nun etwas Leben und Bewegung kam.

„Sie lieben Offenheit, Exzellenz, ich nicht minder,“ fuhr das Mädchen unbeirrt fort. „Was hätten Sie davon, wenn ich mich scheinbar willfährig diesem Ansinnen füge und mich im Geheimen erbittert dagegen auflehnen würde, wo und wie ich könnte. Es würde ein Zwiespalt entstehen, der auf Kinder und Erzieherin schädlich wirken, ein unwahres heuchlerisches Tun, das keine gefunden Früchte bringen könnte. So sage ich offen, diesem Brauche kann ich mich nicht fügen, dagegen empört sich mein Gefühl als Lehrerin.“

In diesem Augenblick wurde die Türe des Kabinetts fast aufgerissen, und der Graf stürzte ebenso hastig herein. Sein Gesicht war vor Zorn gerötet und seine Augen blühten die Mutter an. „Fräulein Werner ist vollständig im Rechte!“ rief er in seiner brüskten, ungestümen Art. „Ich begreife nicht, wie du ein solches Ansinnen stellen kannst! Entweder das Fräulein ist das, wozu sie hierher gerufen worden ist, oder sie ist es nicht. Ist sie es, der Kinder Erzieherin und deine Gesellschafterin, wie du es selbst betont, so wirst du sie doch nicht zu Misko, Zerk, Sanna in eine Reihe stellen wollen.“

Die Gräfin sah ihren Sohn fast sprachlos vor Überraschung an; einer solchen Einmischung von

Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“: Alle Welt klagt über die hohen Eintrittspreise für die Theater. Eine Berliner Schuhfirma stillt diesen Jammer, indem sie zu bestimmten Theatern dem Publikum Theaterbilletts für die Hälfte des Preises zur Verfügung stellt. Und zwar, ohne dies Entgegenkommen vom Stiefelkauf abhängig zu machen. Mehr kann man nicht verlangen. Wenn andere Firmen auf die gleiche Art die Butter-, Fleisch- und Kohlenpreise herabsetzen wollten, käme auf dem Wege der Reklame alles wieder ins Geleise.

Wir finden in dem Marienburger Kreisblatt Nr. 27 folgende ergötzliche kleine Entgeißung, von der es dahingestellt bleiben muß, ob sie dem vielbeschäftigten Jünger des heiligen Bureakrotius oder dem Gutenbergs passiert ist. Kurz und gut, der Jäger findet in besagtem Kreisblatt folgende seltsame Unterweisung (unter Sperrdruck): Nach § 39 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 ist im Monat Mai der Abschluß folgender Wildenten gestattet: 1. Rehbocke vom 16. Mai ab, 2. Auerhähne, 3. Birk-, Hasel- und Safanenhähne.

Die Rede des Lord Newton im englischen Oberhaus über das Unwesen der Entente-Kontrollkommissionen in Deutschland hat bei der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin verschnupft, und man hat den Berliner Vertreter der „Times“ veranlaßt, seinem Blatt eine Widerlegung der Angriffe des liberalen Lords einzufenden. Was von dieser Widerlegung zu halten ist, mag, nach der „N. Welf. Volkszeitung“ (Nr. 74), die Angabe beweisen, daß ein britischer Stallburche in Berlin jetzt jährlich rund 250.000 deutsche Mark erhält, aber nur einstweilen, denn eine Erhöhung dieser Bezüge für die nächsten Monate ist vom Pariser Bolschafsrat angekündigt worden.

Wie glücklich wäre ein deutscher Minister, würde man ihm ein solches „Stallburschengehalt“ bewilligen!

## Wie die Nordamerikaner über Elsaß-Lothringen belogen wurden.

Von Wilhelm Scheuerman, Berlin.

In dem großen Feldzug, der gegenwärtig in Frankreich unternommen wird, um alle propagandistischen Kräfte gegen Deutschland aufzurütteln, ist dem bekannten Publizisten Stephan Lauzanne neuerlich ein unvorsichtiges Geständnis entschlüpft: er hat ausgeplaudert, wie er es als Mitleiter der französischen Propaganda in den Vereinigten Staaten während des Krieges fertiggebracht hat, den Amerikanern die Meinung beizubringen, daß Elsaß-Lothringen ein von Rechts wegen Frankreich „zugehöriges“ und ihm zu Unrecht „entziffenes“ Land sei. Aus den Veröffentlichungen Tardieus, der in derselben Sache in Nordamerika tätig war, wissen wir bereits, daß die Geschichtsfälschung den nichternen Angehörigen der neuen Welt nicht leicht beizubringen war. Wie bei Tardieu ist wahrscheinlich auch bei Stephan Lauzanne gekränkte Eitelkeit der Antrieb zu der vorlauten Geschwätzigkeit, mit der sie jetzt die Geheimnisse der französischen Kriegspaganda preisgibt. Nachdem Frankreich

durch den Versailler Vertrag der Raub Elsaß-Lothringens zum zweiten Male geglückt ist, möchte jeder von den Propaganda-Unternehmern für sich den Löwenanteil des Erfolges sicherstellen und erzählt daher, wie verteuelt geschickt er den großen Betrug gefingert hat. Tardieu hat einfach mit amerikanischen Reklamemethoden gearbeitet und die französischen Ansprüche auf das deutsche Reichsland in ähnlicher Weise „populär gemacht“, wie der in dieser Hinsicht vorbildliche Zirkusdirektor Barnum eine seiner Attraktionen von der zweihundertundsechzigjährigen Negergroßmutter bis zum Karmit den drei Köpfen. Dementsprechend hat Tardieu ganz Nordamerika bis zu der letzten Farm im Westen mit Millionen von Plakaten und Werbebildern überschwemmt und außerdem viele tausende von „Meetings“ abgehalten. Nach seiner eigenen Angabe sind allein für die amerikanischen Soldaten nicht weniger als 15 000 Elsaß-Lothringeng-Versammlungen veranstaltet worden, und ehe alle die Unwahrheiten, die hierbei dem gläubigen amerikanischen Volke in den Kopf gehämmert worden sind, wieder berichtigt sein werden, wird viel Wasser den Mississippi hinuntergelaufen sein.

Einen besonderen Trumpf hat dann Tardieu ausgepielt, indem er die Töchter des russischen Juden Daniel Blumenthal in elstfischen Bäuerinnenkostüme maskiert als garantiert blutrote „Alsace girls“ vorstellte und diese Damen vor dem amerikanischen Volke Tränen der Verzweiflung über ihr unter deutschem Joch schmachtendes Heimatland vergießen ließ. Da schmolzen alle Herzen, und das amerikanische Volk fing an zu begreifen, daß es die weltgeschichtliche Aufgabe habe, die Töchter des Herrn Daniel Blumenthal von der Zwingherrschaft des wilhelminischen Deutschland zu befreien.

Stephan Lauzanne ist offenbar stolz darauf, daß er ein sachlicheres Verfahren der Propaganda angewendet hat. Er hat sich, nachdem er nach Amerika gekommen war, gewissermaßen auf die Lauer gelegt und die Psychologie der Yankees studiert. Hierbei hat er sich immer wieder die Frage gestellt: Was zieht bei diesen kühlen Leuten, die von den europäischen Verhältnissen meist keine Ahnung haben und die doch Frankreich als Vorspann für seine Annexionswünsche so bitter nötig braucht? Er hat zuerst den Amerikanern ebenfalls Vorträge halten lassen, in denen die französischen Revandeanprüche, selbstverständlich mit den notwendigen Kagenzotten, aber mit viel Rührbarkeit und Schwung, auseinandergesetzt wurden. Aber hierbei hat er ähnliche Erfahrungen gemacht, wie sie den Franzosen in England noch bis in das letzte Kriegsjahr nicht erspart blieben, so oft sie für ein französisches Elsaß-Lothringen Propaganda machten. Die Leute waren nicht davon zu überzeugen, daß Elsaß-Lothringen kein deutsches Land sei, und schloffen den Verdacht, daß nicht die Bevölkerung des Reichslandes, sondern die elendige Frankreichs eine Änderung des bestehenden Zustandes fordere. In seiner Verlegenheit fragte Stephan Lauzanne bei Frankreich wohlgesinnten Amerikanern an, woher der Mißerfolg der französischen Propaganda komme, und diese erklärten ihm: Ihre Redner deklamieren, aber sie überzeugen nicht. Wir sind ein Tatsachenvolk. Bringen sie uns Tatsachen bei, welche beweisen, daß Frankreich Anspruch auf Elsaß-Lothringen hat, und Sie werden den Erfolg sehen.

Diesen Rat hat dann der schlaue Franzose alsbald in der Weise befolgt — es klingt wie ein einfältiges Kindermärchen, aber er selbst berichtet es voll innigster Genugtuung —, daß er in den folgenden Versammlungen stets die Absätze des Friedensvertrages von Münster vom Jahre 1648 vorlesen ließ, in denen der deutsche Kaiser auf die Besitzungen im Elsaß zugunsten Frankreichs verzichtet mußte. Das hatte einen durchschlagenden Erfolg. Da erkannten die Amerikaner, daß Frankreich einen unauflöschlichen Besitztum auf das Elsaß besitze, und von da ab hatte die französische Propaganda so sehr gewonnenes Spiel bei den Amerikanern, daß Stephan Lauzanne jetzt noch mit listigem Augenzwinkern dieselbe Methode zu neuen

seiner Seite war sie wohl nicht gewärtig. War sie klug genug einzusehen, daß sie zu weit gegangen, oder fürchtete sie durch Widerspruch den Zorn des jungen Mannes noch mehr zu reizen, vor dessen Rücksichtslosigkeit sie, die Mutter, auch nicht mehr sicher war; sie hätte den Gegenstand fallen lassen, aber sie war doch dem Diener dankbar, der in diesem Augenblick meldete, daß die Tafel serviert sei.

## IV.

Das Schloß lag in einer Talsohle, die, nach Süden breit, nach Norden zu sich immer mehr verengte. Den Hintergrund bildeten die Karpaten, ein mächtiger Gebirgswall, der in den gewaltigen Formationen von drei Seiten den Horizont umspannte, und dessen Gipfel ewigen Schnee trugen. Vorn war die Aussicht offen, und da zog in weitem majestätischen Bogen ein breiter Strom, die Waag; er kam aus dem Eichwalde, der hinter dem Schlosse lag und sich stundenweit bis zu dem Gebirge zog, und floß dann weiter über das breite Tal an dem Städtchen T. vorüber.

Das Schloß bestand aus zwei Bauten, dem alten und dem neuen, die durch einen schmalen Hof verbunden waren. Der alte war grau, rissig und fast eber einem Räubereste als einem Bau der neuen Zeit ähnlich. Und das war er auch; es war das Stammschloß des Grafen, das sich aus dem elften Jahrhundert herhieß, und das als heilige Erinnerung für die Familie unberührt geblieben war. Seine Mauern waren vor Aller

fast schwarz und zeigten viele Risse und Sprünge; kleine runde, bleiingefasste Fenster, unförmige Ecken und Vorsprünge gaben ihm ein rohes, ungefüges Gepräge; am äußersten Ende erhob sich ein hoher, runder Turm, der die ganze Gegend überragte.

Gleich dieser eine Teil einem uralten Weibe mit eisgrauen Locken, Runzeln im Gesicht und verfallenen Jügen, so war der zweite, der Neubau, einem jungen Weibe zu vergleichen, das sich mit allen Reizen des aufsteigenden Lebens geschnückt hat.

Ein breiter, prachtvoller Bau, im Stile der Renaissance, reich mit architektonischen Schönheiten ausgestattet, mit vergoldeten Balkonen, großen regelmäßigen Fensterreihen, inmitten prachtvoller Anlagen, das Antlitz der mächtigen Gebirgswelt zugewendet.

Wenn Elisabeth in der ersten Zeit an eines der Fenster trat und hinausah, erfaßte sie fast ein Schauder vor der Erhabenheit der Natur, die ihr von überall entgegenblickte, und sie dachte, Menschen, in einer solch gewaltigen Umgebung lebend, von solch erhabenen Eindrücken umgeben, dürften nichts Kleines und Niedriges sinnen; groß wie die Natur mußte auch der Menschengeist angelegt sein, und doch hatte sie gleich bei ihrem Eintritt solch kleinliche Eindrücke empfunden. Zwar war die Gräfin auf ihr erstes Ansinnen nicht mehr zurückgekommen und Elisabeth hatte sich bald in ihre neue Stellung hineingefunden.

(Fortsetzung folgt.)



# Sonderbeilage. Lodzer Freie Presse

Nr. 47

Sonntag, den 25. Juni 1922

5. Jahrgang

## Der polnische Standpunkt in der Minderheitsfrage.

Auf die Angabe des Deutschstammes vom 12. November an den Völkerrund hat die polnische Vertretung folgendes Antwortschreiben überandt:

Herr Präsident! Der Deutschstamm in Polen, eine Gruppe deutscher Nationalisten, die von dem Geist der Toleranz der polnischen Regierung abgesehen, sich in Bromberg gebildet hat und dort ihre tendenziöse Tätigkeit fortsetzt, richtete am 12. November des letzten Jahres eine Denkschrift an den Völkerrund, in der sie dessen Zweck gegen die behaupteten Minderheiten der polnischen Behörden anstößt. Was das von den Klageschriftstellern gewählte Verfahren anbelangt, so macht die polnische Regierung alle Bemerkungen, die ohne irgend einen Titel hierzu zu bestehen, sich die Polen als Deputierte und Vertreter der Interessen von allen Deutschen in Polen an. Diese Behauptungen sind um so notwendiger, als seit einiger Zeit deutsche Klagen sich häufig in verschiedenen Ländern erhoben, Klagen, die das Ergebnis einer ausgebreiteten Propaganda zu sein scheinen, die zu vorbedachten Zwecken und nach einem vorbedachten Plan unternommen ist. Hierüber haben die Vertreter des Deutschstammes es sich erlaubt, sich in dieser Denkschrift mit Bezugnahme auf die polnische Regierung beleidigender Ausdrücke zu bedienen, die in Mitteilungen an die Adresse des Völkerrundes unzulässig sind, und wenn sie eine seiner Mitglieder betreffen, darüber hinaus ein unqualifiziertes Delikt darstellen, das als Beleidigung, die gegen eine Regierung von ihrem Gebiet wohnhaften Personen erhoben werden, strafbar ist.

Ohne aber für den Augenblick bei dieser Seite der Frage weiter zu verweilen, fällt es die polnische Regierung, in dem Sinne, der allen den tatsächlichen Stand der Dinge darzulegen, für möglich, dem Völkerrund die nötigen Tatsachen zu einer gerechten Beurteilung der deutschen Denkschrift vorzulegen.

Die polnische Regierung muß zunächst die Erklärung abgeben, daß sie die Denkschrift des Deutschstammes als den Ausdruck der Gedanken und Gefühle einer ganz geringen Gruppe der Deutschen in Polen betrachtet und daß sie, weil davon entfernt, dieselben antipolnischen Tendenzen der Mehrheit ihrer Staatsangehörigen deutscher Sprache zuzuschreiben zu wollen, sie im Gegenteil überzeugt ist, daß diese nicht nur die Gleichheit der Rechte, die ihnen Polen gewährt, werden zu schätzen wissen, sondern auch nützliche Elemente des sozialen Lebens dieses Landes werden, in dem es von ihren Eigenschaften der Ordnung und Arbeit Nutzen ziehen können.

Die Klagen einer großen Anzahl von Deutschen über den Wechsel ihrer Lage, der von den jüngsten territorialen Veränderungen Europas herbeigeführt ist, lassen sich unter psychologischen Gesichtspunkten leicht begreifen. Sie sind deshalb nicht weniger unangelegentlich. Von Seiten der deutschen Nationalisten drücken sie alles in allem nur den Wunsch aus — und sei es auch nur zum Teil —, die außergewöhnlichen Vorteile aufzuheben, denen sie sich noch kürzlich in allen von den Zentralmächten abgetrennten Ländern erfreuten. Niemand war diese Vorteile so beträchtlich wie in Polen. Die Vernichtungspolitik des preussischen Staates hat in seinem Ostmarken eine Klasse privilegierter Herren geschaffen, die der eingeborenen Bevölkerung fremd war und sie als der Vernichtung geweihten Wesen untergeordnet der Art behandelte. Nun, dieselben Deutschen, die einst in polnisches Gebiet gekommen sind, um sich dort als Herren aufzuführen und eine unvergleichliche wirtschaftliche Lage zu genießen, müssen, nachdem sie einmal polnische Staatsangehörige geworden sind, sich mit einer einfachen Gleichheit der Rechte begnügen und sich in eine Reihe mit den anderen Bürgern stellen. Der Wechsel ist groß, er ist es um so mehr, als die antipolnischen Ausnahmestellen auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens angewandt wurden und sich bis in das Privatleben fühlbar machten, wo sie geradezu die Grundlage für die Existenz zahlreicher deutscher Familien wurden. Man kann hier wieder eine vollständige Analyse dieser Gesetzgebung, noch von der Lage der Dinge, unternehmen, die ihr Resultat war und deren nicht nur unbilliger, sondern auch ausschließlich künstlicher Charakter, heute zu Tage tritt. Indessen scheint eine kurze Zusammenfassung der Ursachen und Maßnahmen unabweislich. Sie wird es erlauben, die Ursachen des anormalen Zustandes des deutschen Elementes nach Polen in ihrem richtigen Werte zu schätzen und die Gründe zu begreifen, aus denen, nachdem einmal die preussische Herrschaft aufgehört hatte, diese Massen notwendigerweise, wenigstens zum Teil, in ihr Ursprungsland zurückkehren mußten, was oft für die einzelnen und ihre Familien hebenartige, aber unmöglich zu vermeidende Folgen mit sich bringt.

Ohne sich bei den ersten Versuchen der Internationalisierung Polens aufzuhalten, die von Friedrich dem Großen, dem Kolonisator des Reiches aus, dem Verfolger der polnischen Sprache, des polnischen Eigentums und der polnischen Traditionen, unternommen wurde, ohne bei den Handlungen seiner unmittelbaren Nachfolger, Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III., zu verweilen, die ebenfalls künstlich das deutsche Element in Polen verstärkt haben, sehen wir auch das Jahr 1873 unmittelbar nach dem deutschen Siege den Beginn einer Reihe erbitterter Verfolgungen, die von dem Fürsten von Bismarck

eingeleitet, von dem Fürsten von Bismarck und von Herrn von Bethmann-Rollweg fortgesetzt sind, und die erst am dem Tage aufgehört haben, als Polen die Unabhängigkeit zurückgegeben wurde.

Im Jahre 1873 begann die radikale Unterdrückung der polnischen Sprache in den Gerichtsbehörden aller Grade und im Gange des ganzen Verfahrens. Der polnische Richter macht dem deutschen Richter Platz. Zur selben Zeit erfährt der Volks- und Mittelschulunterricht eine völlige Germanisierung (auch polnischer Schulen) und der deutsche Lehrer setzt sich an die Spitze der Schuleinrichtung. Die Beamten polnischer Nationalität werden ohne Ausnahme entlassen oder in deutsche Provinzen versetzt. An die Stelle von tausenden von Polen setzten man tausende von Deutschen. Die wichtigsten Verordnungen, die nach dem eigenen Willen des Fürsten von Bismarck den Charakter eines nationalen Kampfes gegen das Polentum trugen, liefen darauf hinaus, in den Bereich zahlreiche deutsche Elemente einzuführen. Die Regierung dachte sich für die Kirche, aus der sie ein Instrument der Germanisierung machen wollte, und für den religiösen Unterricht, der ebenfalls auf Deutsch erteilt wurde. Die Kinder protestierten und die körperlichen Strafen, die man ihnen auferlegte, um ihren Widerstand zu brechen, führten zu dem aufsehenerregenden Protest von Wreslawa (1904). Im Jahre 1906 und 1907 rufen diese Verfolgungen einen Schulstreik hervor, an dem mehr als 100 000 Kinder teilnahmen, aber die immer zahlreicher werdende deutsche Scherschicht trägt den Sieg davon. Im Jahre 1908 bringt Fürst von Bismarck ein Gesetz durch, das den Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen verbietet (das sogenannte Maulkorbgesetz). Seitdem hört man im preussischen Polen nur noch deutsch, und das moralische und intellektuelle Leben der Polen scheint bereits erstickt zu werden.

Es materielles Leben wird nicht weniger geknickt. Seit mehr als einem Jahrzehnt versucht die preussische Regierung, durch verschiedene Mittel den polnischen Grundbesitz zu vernichten, die einzige Stütze eines Landes, dessen industrielle Entwicklung hauptsächlich zu Gunsten der deutschen Provinzen gehindert war. Die Versuche zu deutscher Kolonisation waren oft von Erfolg gekrönt, schon zu Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts unternommen worden.

Seit 1886 erreicht diese Politik ihren Höhepunkt. In diesem Jahre ist von Bismarck die Ansiedlungskommission, die dazu bestimmt ist, in deutsche Hände polnisches Land übergehen zu lassen und Polen unter den Fluten der deutschen Einwanderung ertrinken zu lassen. Die Kosten dieser Kolonisationspolitik sind ungeheuer, andere Ausgaben zu ähnlichen Zwecken schließen sich bald an. Im Jahre 1914 erreichten die dem wirtschaftlichen Kampfe geweihten Summen folgende Höhen:

a) Kolonisation.....	550 000 000 Mk.
b) Ankauf von Grundbesitz und Forts.....	150 000 000 „
c) Fonds für große Pachtgüter.....	80 000 000 „
d) Schutz des bauerlichen deutschen Eigentums und von Arbeiterkolonien.....	175 000 000 „
e) Schutz des deutschen Eigentums in Schlesien, Westpreußen-Pommern.....	100 000 000 „
	1 055 000 000 Mk.

Seit 1894 leidet der „Ostmarkenverein“, eine mächtige Vereinigung, die unter der Bezeichnung „Gatun“, abgeleitet von den Namen seiner ersten Gründer Hofmann, Reimann, Liebenow, bekannt ist, der Ansiedlungskommission seine Hilfe und zeigt die Regierung zu neuen Maßnahmen. Diese Vereinigung setzt zahllose deutsche Bauern auf polnischem Gebiet an. Im Laufe ihrer Tätigkeit kaufte die Ansiedlungskommission mehr als 400 000 ha Land und siedelte dort mehr als 20 000 deutsche Familien an. Die Staatsdomänen wurden ausschließlich an Deutsche verpachtet, die einen um mehr als die Hälfte niedrigeren Pachtzins zahlten, als er in Verträgen zwischen Privatrenten üblich war. Die landwirtschaftlichen Kreditinstitute, die aus Staatsmitteln gegründet waren, gewährten deutschen Eigentümern unter der Bedingung Hypothekendarlehen, daß die so belasteten Grundstücke niemals in die Hände von Polen übergehen könnten, der polnische Arbeiter war von ihnen ebenfalls ausgeschlossen. Ungefähr ein Drittel der deutschen Grundeigentümer auf polnischem Gebiet hat solche Kredite. So begünstigte die Regierung auf jede Weise das Anwachsen des deutschen Grundeigentums und der deutschen Bevölkerung, indem sie nach Polen Beamte, Lehrer, Landwirte, Handwerker, Kaufleute, Priester und Soldaten zog, die sich dort festsetzten und überall das polnische Element zurückdrängten.

Auf der anderen Seite versuchte die Regierung, ebenfalls mit allen Mitteln unmittelbar der polnischen Grundbesitz zu treffen und zu vernichten. Am 10. August 1904 nahm das Abgeordnetenhaus in Berlin ein Sondergesetz, das sogenannte Grundbesitzengesetz an, das dazu bestimmt war, die Parteilichkeit großer Besitztümer unter polnischen Bauern zu verhindern. Dieses Gesetz verbot, ohne vorherige Genehmigung, auf einer Parzelle zu bauen, eine Genehmigung, welche die Polen niemals erhielten. So kam es vor, daß der polnische Bauer, der ein Stück Land gekauft hatte, sich mit seiner Familie in einem Zigeunerwagen (Roulotte

de salimbanque) einrichtete, um auf dem Lande zu wohnen, das er bebaut. Im Jahre 1908 wurde die öffentliche Meinung der Welt durch das Gesetz vom 20. März erreicht, das die preussische Regierung zur abendlichen Einweisung der Länder der Polen ermächtigte. Endlich legte die Regierung im Jahre 1914 im Landtage einen Gesetzentwurf vor, der nicht nur jede Parteilichkeit von einer Genehmigung der Behörde abhängig machte, sondern der den Polen jeden Erwerb von kleinen aber großen Grundbesitz unmöglich machte. Gesetz auf seinem väterlichen Boden, wanderte der polnische Bauer aus und machte dem Deutschen Platz, der sich in seinem Dorf niederließ.

Außer der oben erwähnten Politik wurden andere beträchtliche Summen für denselben Zweck, das deutsche Element in Polen zu verdrängen, aufgegeben. Um eine ganze Armee von deutschen Beamten, gefolgt von zahlreichen Familien, in das Land zu ziehen und dort festzusetzen, unterstützte die Regierung sie mit besonderen Subventionen. (Ostmarkenlage.) Dem deutschen Handel und der deutschen Industrie, die das Monopol für alle staatlichen Beschaffungen und Lieferungen erlitten, wurden Unterstützung gegeben. Auf der anderen Seite wurde der polnische Handel von allen Deutschen unerschöpflich konfiskiert, die in irgend einer Weise von den Behörden abhängen. Allmählich nahmen die polnischen Städte Polen, Gnesen und Bromberg den Charakter deutscher Städte an.

Man könnte noch auf die Tatsache hinweisen, daß alle Mittel, die so der Vernichtung der polnischen Rasse gewidmet waren, aus Steuern herrührten, die von allen Untertanen des preussischen Staates ohne Unterschied der Nationalität bezahlt wurden. Die Polen wurden also gezwungen, aus ihren eigenen Mitteln zu dem Kauf ihres heimischen Landes und zu ihrer Germanisierung beizutragen. Nichts haben (7), daß in Westpreußen man 800 000 polnische Arbeiter zählte, welche die Verhandlungen der preussischen Regierung, die geheimen Drohungen des „Ostmarkenvereins“ und seiner Gefolgskräfte gestützt hatten, auszuwandern. Heute glauben sie das Recht zu haben, nach Polen zurückzugehen. Ihr Platz ist besetzt! Die Schulbesuchenden der Kolonisten haben ihn inne. Im Bewußtsein der Schwere der Fragen, die die künstliche Kolonisation des preussischen Polens der Friedenskonferenz stellt, haben sich die Mächte in die Lage versetzt, ein wichtiges Problem zu lösen, nämlich das, zu bestimmen, bis zu welchem Punkte die jüngst angekommenen Einwanderer an den Rechten teilnehmen sollten, die den anderen Deutschen in voller Gerechtigkeit zuerkannt waren, welche sich in Polen niederlassen hatten, um dort friedlich zu arbeiten und nicht um die germanisatorische Politik von Berlin zu unterstützen. Das ist der Grund, daß die Vertreter der Mächte in der Antwort der Allierten auf die Vorstellungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen unter dem 16. Juni 1919 folgendes erklärten:

„Es ist notwendig, sich die Methoden im Gebächte zurückzurufen, mit denen die Deutschen in gewissen Gebieten ihr Übergewicht erreicht haben. Die deutschen Kolonisten, die deutschen Einwanderer, die deutschen Besitztümer sind nicht allein auf Grund natürlicher Ursachen gekommen, ihre Anwesenheit ist die unmittelbare Folge der von der preussischen Regierung verfolgten Politik, die ihre ungeheuren Hilfsmittel nutzbar gemacht hat, um die eingeborene Bevölkerung des Landes zu entziehen und sie durch eine nach Sprache und Nationalität deutsche Bevölkerung zu ersetzen. Sie hat dieses Verfahren bis zum Bruch des Krieges fortgesetzt und zwar mit einer ausnehmenden Härte, die selbst in Deutschland Protestkundgebungen hervorgerufen hat. Sollte man zugeben, daß eine Politik dieser Art dauernde Rechte auf ein Land begründen könne, so ließe das, die flagrantesten Handlungen von Ungerechtigkeit und Unterdrückung ermutigen und belohnen.“

Die zitierte Stelle der Antwort der Allierten ist es für das richtige Verständnis der beiden Verträge von Versailles (mit Deutschland und Polen), die die rechtliche Lage der Deutschen in Polen regeln und sie unter Minderheitenrecht stellen, unentbehrlicher Kommentar. Es ist unbestreitbar, daß die Verträge der genannten Verträge die Mächte hatten, den Deutschen, die polnische Bürger wurden, eine völlige Gleichheit der bürgerlichen und politischen Rechte zu garantieren und ihnen die freie Entwicklung ihres geistigen und moralischen Lebens, der Gebrauch ihrer Sprache und die Ausübung ihres religiösen Bekenntnisses zu sichern. Aber auf der anderen Seite weigerten sich die Mächte, aus Gründen internationaler Billigkeit und Gerechtigkeit, die so klar in ihrer Erklärung auseinandergelegt sind, zuzugeben, daß die Verträge ohne irgend eine Unterordnung der Eigenschaften des polnischen Bürgers allen Deutschen zuerzählen könnten, die in Polen wohnen. So wurden diese Rechte auf solche Deutsche beschränkt, die sich vor 1908 in dem von mehr preussischen Polen niedergelassen hatten. Galt die Mächte nicht, wenn sie anders entschieden hätten, die Ergebnisse der in Deutschland gegen eine mehrfache Bevölkerung betriebenen Vernichtungspolitik gebilligt, welche es mit der Gerechtigkeit vereinbar sein, daß Polen verpflichtet würde, auf seinem Boden mit der Eigenschaft von Bürgern alle deutschen Einwanderer ohne irgend eine Unterordnung zu dulden und zu seiner eignen größtmöglichen Befriedigung des kriegerischen Germanismus, die Preußen reichlich gesät hatte, zu schützen und sich ausbreiten zu lassen? Die



3. Nach der Denkschrift hätte die polnische Regierung die Artikel 8 und 9 des Minderheitenschutzvertrages verletzende den Minderheiten Rechte in Sachen des Unterrichts, der Religion und Organisation gewährt. Die polnische Regierung hätte deutsch-evangelische Schulgemeinden im Grundbuch eingetragenes Eigentum weggelassen und Grundstücke und Gebäude beschlagnahmt (composés). Sie hätte diese teils polnisch-tatjischen Schulgemeinden, teils sogar Privatpersonen zur Verfügung gestellt. Sie hätte auch den Direktoren deutscher Schulen die Möglichkeit, Privatschulen in diesen Gebäuden



eingetragen, verbleibt. Sie hätte schließlich die Regalierung der deutschen Schulvereine verweigert und bereits erteilte Genehmigungen zurückgezogen.

In diesem Punkt muß vor allem bemerkt werden, daß bis zum Ende der deutschen Herrschaft in den vormals preussischen Teilen Polens keine einzige weder öffentliche noch private polnische Schule bestand. Jeder polnische Unterricht wurde rigoreus unterdrückt und mit Geldstrafe oder Gefängnis bestraft. Alle Schulen ohne eine einzige Ausnahme waren deutsch. So war es eine der ersten Pflichten des wiederhergestellten Polens, den polnischen Kindern einen Unterricht in ihrer Sprache überall da zu verschaffen, wo diese Kinder die Mehrzahl der Schüler bildeten. Die polnische Regierung hat, indem sie sich auf diesen Grundsatz stützte, den sie für inakzeptabel hält, aber den sie auch mit einem weiten Geist der Toleranz zu vereinen weiß, zugestimmt, während einer gewissen Zeit die deutschen Lehrer und den Unterricht in deutscher Sprache selbst in Schulen beizubehalten, wo die Mehrzahl der Schüler Polen waren. Was die deutschen Schulen betrifft, wurden sie für den Gebrauch der deutschen Kinder überall aufrecht erhalten, wo deren Zahl den Vorschriften des preussischen Schulgesetzes vom 10. März 1900 entspricht, daß Volksschulen mit deutscher Sprache in allen Gemeinden aufrechterhalten oder geschaffen werden, in denen sich mindestens 40 Kinder von deutschen Eltern polnischer Staatsangehörigkeit befinden. Diese Zahl entspricht der, die in dem schulpflichtigen Schulgesetz vom 3. April 1919 angenommen ist. In dem Falle, wo die Zahl der deutschen Kinder in einer Gemeinde unter 40 liegt, lassen die polnischen Schulbehörden sie in der deutschen Schule der benachbarten Gemeinde unterrichten oder sie schreiben sogar zu der Schaffung einer neuen deutschen Schule, die dazu bestimmt ist, die Kinder von zwei oder mehreren Gemeinden zu vereinigen. Diese Regel ist ohne Ausnahme. Allerdings ist die Zahl der deutschen Schüler infolge der oben erwähnten natürlichen Auswanderung merklich gesunken. Auch kam in Ostpreußen, wo während zweier aufeinander folgender Jahre die Zahl der deutschen Kinder 40 nicht erreichte, die deutsche Schulgemeinde auf Grund des allgemeinen preussischen Landrechts (2. Teil, Kap. 6), das immer noch in Kraft ist, aufgelöst werden. Jedoch hat die Auflösung der Gemeinde, in der die Schule liegt, nicht unmittelbar nach der Feststellung der unzureichenden Schülerzahl stattgefunden. So hat in dem Schulbezirk von Posen ein Drittel der deutschen Volksschulen eine Schülerzahl unter 40 und selbst unter 30. Die deutschen Volksschulen in dem früher preussischen Teil Polens werden auf öffentliche Kosten unterhalten. Im Falle der Auflösung einer Schulgemeinde gehen ihre Grundstücke auf Grund des preussischen allgemeinen Landrechts auf den Staat über, es sei denn, daß die Gemeinde die Grundstücke auf andere Weise erhalten kann. Das ist der Grund, daß die polnische Regierung nur eine vom Gesetz vorgeschriebene Pflicht erfüllt, wenn sie die Grundstücke einer nach der erwähnten Bestimmung aufgelösten Schulgemeinde an sich nimmt. Es ist zu bemerken, daß jede Schulgemeinde, die sich über die Staatsbehörden zu beschlagen hätte, das Recht hat, sich an die Gerichte zu wenden, und daß bis heute keine Klage dieser Art registriert worden ist. Die polnische Regierung hat auch von keinem einzigen Falle Kenntnis, wo die Gebäude und Grundstücke, die deutschen Schulgemeinden gehören, an Privatleute zum Schaden des öffentlichen Unterrichts veräußert worden wären. Ebenso ist eine Ermächtigung, eine deutsche Privatschule zu gründen, niemals verweigert worden, wenn ihre Gründer den Vorschriften der alten preussischen Behörden Rechnung getragen haben, die noch immer in Kraft sind. Die deutschen Privatschulen erhalten ohne Ausnahme (sans autre) sowohl die Erlaubnis, sich in den Gebäuden von öffentlichen Schulen einzurichten, wenn eine solche Maßnahme keine Gefahr bringt, den normalen Betrieb dieser Schulen zu hindern. Was die Schulvereine anbetrifft, ist bis jetzt noch kein einziger Fall bemerkt worden, wo der Oberste Distrikt seine Ermächtigung zur Eintragung einer solchen Vereinigung verweigert hätte. Die Gründer eines solchen Schulvereins hätten die Möglichkeit, sich an die Verwaltungsgerichte zu wenden.

Die folgenden Angaben bieten eine übersichtliche Darstellung des Volksschulunterrichts im vormals preussischen Teil Polens nach dem Stand vom 1. November 1921 dar.

Schule primaires.

Polnische 2012, deutsche 957, im ganzen 2969.

Schüler.

Polnische 300 000, deutsche 57 883, im ganzen 357 883.

Mittlere Schülerzahl auf die Schule.

Polnische 150, deutsche 60.

Die deutschen Mittelschulen in diesem Teile Polens sind zahlreich, aber haben nur wenig Schüler. So bestanden am 15. Oktober 1921 im Posener Bezirk 40 deutsche Mittelschulen, von denen nur 10 mehr als 200 Schüler, 8 mehr als hundert, 8 weniger als 100 und 4 weniger als 50 Schüler hatten. Auf der anderen Seite erreicht die Zahl der polnischen Abnehmer in denselben Provinzen kaum die Zahl 25 und diese Anzahlen sind schon bis zu einem solchen Maße unzureichend gewesen, daß es unabweisbar wird, eine große Anzahl neuer zu schaffen.

Die polnische Regierung gibt den Gründern deutscher Privatschulen alle notwendigen Erleichterungen. In einer nahen Zukunft, sobald die Frage der Option und der Zugehörigkeit der Deutschen zum polnischen Staat endgültig gelöst sein wird, werden die polnischen Staatsangehörigen deutscher Sprache, deren Zahlungsberechtigung sein wird, alle Vorteile genießen, die ihnen die Verfassung und der Minderheitenschutzvertrag vorbehält. Sie werden das Recht haben, ebenso wie die anderen Bürger Unterrichtseinrichtungen zu bilden, zu beaufsichtigen und zu verwalten, und auch dort freien Gebrauch von ihrer Sprache zu machen (Verfassung der polnischen Republik Art. 110) sie werden sich auch einen gerechten Anteil an dem Genuß und der Verwendung der Summen verschaffen, die in dem öffentlichen Fonds der staatlichen, der städtischen und anderer Budgets für die Zwecke der Erziehung, der Religion oder der Wohltätigkeit ausgelegt sind. (Minderheitenschutzvertrag Art. 9.)

Es muß hinzugefügt werden, daß zur Zeit der deutschen Besetzung des früher russischen Teiles Polens ein ganzes System deutscher Schulen dort zu einem offen zugestandenen Zwecke der Germanisierung eingerichtet wurden. Diese auf Kosten des besetzten Polens unterhaltenen Schulen wurden von der Regierung des unabhängigen Polens nicht alle unterdrückt und eine Anzahl von ihnen ist weiter im polnischen Budget enthalten. Die Gesamtzahl der deutschen Volksschulen im vormals russischen Teile Polens betrug während des Schuljahres 1919 mehr als 200. Diese Einzelheiten über die deutschen Schulen außerhalb des von Preußen zurückgewonnenen Gebietes sind ein Beweis für den Ekel und der polnischen Regierung, die sich nicht auf die wörtliche Auslegung des Minderheitenschutzvertrages beschränkt, dessen Artikel 9 festsetzt, daß seine Bestimmungen nur auf die polnischen Staatsangehörigen deutscher Sprache in den früher deutschen Teilen Polens anwendbar sind.

4. Der polnische Staat hätte sich einer Verletzung des Artikel 8 des Minderheitenschutzvertrages, betr. die Behandlung der Religion schuldig gemacht. In dessen scheint der schlimmste Mißbrauch, den man der polnischen Regierung zum Vorwurf machen kann, der Eintritt in den Besitz der Grundstücke zu sein, die ihr durch den Vertrag von Versailles anheimgefallen sind: die Kirchen, Friedhöfe, Gärten, Felder, Baugrundstücke usw. In diesem Punkt sei bemerkt, daß nach der Wiederaufrichtung des polnischen Staates die Regierung den Besitz dieser Güter den deutschen Geistlichen und zwar Protestanten wie Katholiken belassen hat, und daß sie nur in gewissen Ausnahmefällen, so die Auflösung einer Kirchengemeinde infolge der Auswanderungen ihrer Mitglieder, gewisse verlassene Friedhöfe und anderes Gemeindegut unter ihre unmittelbare Verwaltung genommen hat. Der Fall des Diakonissenhauses in Posen liegt vollkommen besonders. Die Mitglieder dieser Gesellschaft gewährten die öffentliche Sicherheit und machten von seiten der Regierung strenge Maßnahmen nötig, die übrigens in den genauen Grenzen der Gesetzmäßigkeit angewandt worden sind.

Die Tatsache, daß eine religiöse Gemeinde seit langer Zeit irgendein Gut genießt, kann in nichts die Rechte des Staates hierauf verändern. Was die Klagen bezüglich der Vorschriften über den Gebrauch der polnischen Sprache in den früheren Beziehungen der Kirchengemeinden betrifft, so muß man bemerken, daß die deutsche Sprache in der evangelisch-unierten Kirche weitaus im demselben Umfange benutzt wird, wie zur Zeit der preussischen Herrschaft. Das Amtsblatt, das offizielle Organ dieser Kirche, erscheint immer noch in deutscher Sprache. In dessen gibt es im vormals preussischen Teil Polens eine große Anzahl protestantischer Kirchen, welche die alte Regierung zu germanisieren suchte, indem sie sich religiöse Einflüsse bediente. Diese protestantischen Kirchen in Posen, Thorn und Bromberg. Überdies machen die Verfasser der Denkschrift von den Ausdrücken „evangelische Kirche, protestantische Gemeinde“ usw. mißbräuchlichen Gebrauch, indem sie vernünftigen lassen, daß allein die Deutschen in Polen die protestantische Konfession bilden und daß diese einem Regiment der Ausnahme und Unterdrückung unterworfen sind. Man gibt es aber in dem früher russischen Teile Polens seit langem eine „evangelisch-anglicanische Kirche“ und eine „calvinistisch-reformierte“ Kirche, welche eine sehr weite Autonomie genießen, sich frei entwickeln und eine ganze Reihe von Wohltätigkeitsanstalten besitzen, die Vorüber für Organisation und Reglement sind. Die beiden protestantischen Kirchen, die aus dem früher preussischen Gebiet bestanden, waren die evangelisch-unierte Kirche und die alt-lutherische Kirche, und die Behörden, von denen sie abhängen, befanden sich außerhalb des polnischen Gebietes in Berlin und Breslau. Nach dem Statuten dieser beiden Kirchen sind sie der Autorität des obersten Oberhauptes des Staates unterworfen (landesherliches Kirchenregiment). Auf Grund des Friedensvertrages und in Übereinstimmung mit dem Statuten dieser Kirchen hat der polnische Staat sich den König von Preußen in seinen Funktionen ersetzt, aber während die zur alt-lutherischen Kirche gehörigen Gemeinden diesen Stand der Dinge anerkannt haben, haben die Angehörigen der evangelisch-unierten Kirche aus rein politischen Gründen sich der Anerkennung der neuen Lage widersetzt. Ohne Rücksicht auf die Statuten ihrer eigenen Kirche beharrten sie dabei, offizielle Beziehungen mit dem Oberkirchenrat in Berlin aufrecht zu erhalten, was nur so angelegentlich ist, als auf Grund der genannten Statuten die Mitglieder des Provinzialkonsistoriums in Posen auf Grund des Artikels 11 des Statuts der Provinzialregierung in. Die polnische Regierung kann Grundungen in ihre inneren Angelegenheiten nicht zulassen, was aber der Fall sein würde, wenn sie behauptet, daß ihre Beamten aus Berlin Befehle empfangen und an der Tätigkeit der Organe des preussischen Staates teilhaben können. Unter Verletzung ihrer eigenen Statuten berief die evangelisch-unierte Kirche im April 1920 eine Synode nach Posen, welche eine Notverfassung annahm, wobei sie die Gesetze des polnischen Staates und die Bestimmungen der Verträge preisgab. Art. 5 dieser Ordnung bestimmt, daß die organischen Verbindungen, die früher zwischen dieser Kirche und der evangelisch-unierten Kirche Preußens bestand, vollkommen aufrecht erhalten werden. Im Anbetracht dieser, dem polnischen Staat unvorhersehbar feindlichen Haltung war die polnische Regierung verpflichtet, unter dem 3. Juli 1920 zu bestimmen, daß bis zur endgültigen Regelung der Lage der evangelisch-unierten Kirche Polen alle Angelegenheiten dieser Kirche, die früher vom Oberkirchenrat in Berlin bearbeitet worden waren, dem evangelischen Konsistorium in Posen zufallen sollten, und daß die polnische Regierung die Leitung desjenigen Teils dieser Angelegenheiten an sich nehmen würde, die früher zur Zuständigkeit der Zivilbehörden des preussischen Staates gehörten. Aus diesem Grunde ernannte der polnische Staatschef den Präsidenten und die Mitglieder des evangelischen Konsistoriums, und hat er sich geweigert, die Rechtmäßigkeit der Posener Synode und auch der dort angenommenen Notverfassung anzuerkennen. Im März 1921 beschloß die Konferenz der protestantischen Kirchen in Upfal mit allen diesen Fragen und sprach sich, nachdem sie sie sorgfältig geprüft hatte, kategorisch gegen die preussische These aus. Das Sekretariat des Völkerverbundes besitz den Text der Resolution, die von dieser Konferenz angenommen wurde.

Die polnische Regierung ist verpflichtet, sich in ihren Beziehungen mit der evangelisch-unierten Kirche auf die alten preussischen Gesetze, die in Polen noch immer in Kraft sind, zu stützen. In dessen macht sie über der Ausarbeitung eines besonderen Gesetzes, das dazu bestimmt ist, die Lage der protestantischen Kirche endgültig zu regeln. Die Grundzüge dieses künftigen Gesetzes sind in den Artikeln 113 und 115 der polnischen Verfassung enthalten.

Wenn in dessen die evangelisch-unierte Kirche sich nicht bereit findet, dem in den weißen Beschüssen der in Upfal gefassten Resolution der Konferenz der evangelischen Kirchen angegebenen Weg zu folgen, so wird sie in Zukunft nur eine beschränkte Anzahl von Mitgliedern vereinigen und sich ernstlichen Schwierigkeiten ausgesetzt sehen, denn angeblich ist sie nach den Gesandnissen des Völkerverbundes selber nur lebensfähig, wenn sie in Verbindung mit der Mutterkirche eintritt, d. h. also mit der von Berlin.

5. Artikel 9 Abs. 3 des Vertrages von Versailles erkennt den deutschen Staatsangehörigen, die auf polnischem Gebiet wohnen, das Recht zu, für die deutsche Reichsangehörigkeit zu optieren. Absatz 2 desselben Artikels setzt in dessen fest, daß „die Deutschen Reichsangehörigen oder ihre Abkommen, die ihren Wohnsitz auf dieses Gebiet erst nach dem 1. Januar 1908 verlegt haben, die polnische Staatsangehörigkeit nur mit besonderer Ermächtigung des polnischen Staates erwerben können“. Es ist daher unbestreitbar, daß die Verfasser der Denkschrift behaupten konnten, daß die polnische Regierung sich mit den Bestimmungen des Vertrages in Widerspruch setzt, wenn sie das Recht, für die deutsche Reichsangehörigkeit zu optieren, den Personen verweigert, die in Polen sich nach dem 1. Januar 1908 niedergelassen haben. Diese Personen sind deutsche Bürger geblieben und haben offenbar keinen Anspruch auf die Vorzugsbehandlung, die den Optanten vorbehalten ist. Es ist zutreffend, daß die deutsche Regierung zu wiederholten Malen an die polnische Regierung die Bitte gerichtet hat, das Privileg der Option den Personen deutscher Reichsangehörigen zuzubilligen, die sich in Polen nach dem

1. Januar 1908 niedergelassen haben. Aber die polnische Regierung hat es nicht für angängig gehalten, einer solchen Konzeption zuzustimmen. Wenn die Angehörigen der polnischen Regierung vielleicht in gewissen Fällen die bewegliche Habe einiger Optanten anhalten mußten, so hat dies nur in Verfolg der Deklaration deutscher Personen geschehen können, die aus der Nichterfüllung geliblicher Verpflichtungen der Optanten hervorgerufen wurden. Fälle des erzwungenen Verkaufes von den Optanten gehörigen beweglichen Gut können auf Grund der deutschen Verordnung vom 14. März 1918 über die Übertragung von Ackerland stattgefunden haben. Gegenwärtig ist diese Frage aber aller Aktualität entliehen, da die polnischen Gerichte entschieden haben, daß dieses Gesetz keine obligatorische Kraft mehr hat. Dagegen ist es richtig, daß die polnischen Behörden sich gezwungen sehen, 80% von dem Wert der Güter, welche Deutschen gehören, die aus dem vormals preussischen Gebiet nach Deutschland auswandern, zurückzuhalten. Diese Maßnahme ist den polnischen Behörden durch die Anwendung des Gesetzes vom 26. Juli 1918 und der Novelle zu diesem Gesetz vom 24. Juni 1919 in Deutschland auferlegt, auf Grund welcher Gesetze die Personen, die für Polen optieren, beim Verlassen des Reiches bis zu 80% des Wertes ihrer Habe einbehalten sehen.

Polen hat allen vormals deutschen Reichsangehörigen, die sich in entsprechender Weise auf seinem Gebiet niedergelassen hatten, das Recht der Option für Deutschland gegeben. Die Vorschriften hierzu sind gegen die Mitte des Jahres 1920 erlassen worden. Auf der Grundlage dieser Vorschriften haben ungefähr 60.000 Personen von dem Optionsrecht Gebrauch gemacht und die Mehrzahl hat ohne Hindernisse den polnischen Boden verlassen, um sich in Deutschland niederzulassen. Im Gegenzug dazu war in Deutschland die Frage der Option in keiner Weise geregelt. Eine allgemeine Optionsordnung wurde im Reich erst am 2. Dezember 1921 veröffentlicht und das ohne daß die notwendigen Ausführungsbestimmungen seitdem erschienen wären. So haben die Personen, welche für Deutschland optieren, nicht die Möglichkeit, endgültig von den deutschen Behörden als deutsche Reichsangehörige anerkannt zu werden. Dieses Übereinkommen mit der deutschen Regierung über diese Frage ist unmöglich gemacht worden. Die deutsche Regierung nimmt den polnischen Behörden nur unter der Bedingung an, daß die polnische Regierung auf Rechte, die ihr auf Grund des Versailles Vertrages zustehen, verzichtet.

B. In dem zweiten Teil seiner Denkschrift erörtert der Völkerverbund authentische Interpretationen gewisser Bestimmungen des Friedensvertrages und des Minderheitenschutzvertrages, welche die Staatsangehörigkeit polnischer Staatsangehöriger, den doppelten Wohnsitz, die Einheit der Familie usw. betreffen. Ohne in alle diese Fragen einzutreten, wird es vielleicht nützlich sein, einige von ihnen einer kurzen Beurteilung zu unterziehen.

Der Artikel 11 des Versailles Vertrages wird von den deutschen Kreisen in einer Weise angelegt, die es ihnen erlaubt, zu behaupten, daß die polnische Regierung die Bestimmungen des Vertrages verletzt hätte. Der ist polnischer Staatsbürger? Auf diese Frage drängt sich eine einfache Antwort auf. Es ist derjenige, welcher mindestens seit dem 1. Januar 1908 auf dem Gebiet wohnt, die von Preußen an Polen zurückgegeben sind. Dieser Wohnsitz muß, um als Grundlage für die Anerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit zu dienen, ununterbrochen gewesen sein, d. h. daß die Tatsache, den Wohnsitz, es sei denn nur für eine begrenzte Zeit, in die dem Reich verbliebenen Gebiete verlegt zu haben, den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit unfähig macht. Die Personen, die früher ihren tatsächlichen Wohnsitz auf dem Gebiet des früher preussischen Teiles Polens hatten, aber dann ihren Wohnsitz anderswohin verlegt haben und die erst nach dem 1. Dezember 1907 von neuem einen Wohnsitz auf dem erwünschten Gebiet erworben haben, erwerben aus dieser Tatsache nicht die Eigenschaft eines polnischen Staatsangehörigen. Die polnische Regierung war bereit, in der Frage des fortwährenden Wohnsitzes gewisse Zugeständnisse zu machen, aber sie konnte zu keinem Übereinkommen mit der deutschen Regierung gelangen.

Ist es ein doppelter Wohnsitz? Diese Frage scheint leicht gestellt. Man möchte zuerst fragen, ob es zulässig ist, daß eine nach dem Friedensvertrag für den Erwerb der Staatsangehörigkeitseigenschaft wesentliche Bedingung als fließend und bestimmt betrachtet werden kann. Der Wohnsitz kann nach der Ansicht der Verfasser des Vertrages nur ein einziger sein. Im entgegengeordneten Falle könnte diese Auffassung nicht als Grundlage für die Lösung der Frage dienen, ob eine bestimmte Person das Recht auf die polnische oder die deutsche Staatsangehörigkeit hat und oft würde die Antwort in allen beiden Beziehungen bejahend ausfallen. Die Gedanken des Gesetzes Delbrücks über die den Deutschen vorbehaltenen doppelte Staatsangehörigkeit könnten so eine internationale Billigung empfangen.

Die deutsche Gesetzgebung läßt aus Gründen des gerichtlichen Verfahrens, aus fiskalischen und anderen Gründen für eine einzige Person den Besitz mehrerer Wohnsitz zu. Es ist das eine reine Maßnahme der inneren Verwaltung. Gegenwärtig nun bemüht man sich, ihr in den internationalen Beziehungen Geltung zu verschaffen, indem man verlangt, daß die Eigenschaft polnischer Staatsangehörigen Deutschen anerkannt wird, die häufig ihren Wohnsitz in Deutschland haben, denen aber die deutsche Gesetzgebung aus rein formellen Gründen innerer Ordnung einen Wohnsitz an mehreren Orten, unter anderem auf dem an Polen abgetretenen Gebiet zuspricht.

Die polnische Regierung entfernt sich nicht vom Friedensvertrage, wenn sie als wesentliche Bedingung für den Erwerb der Eigenschaft eines polnischen Bürgers den Besitz eines tatsächlichen Wohnsitzes (domicile réel habituel residence) auf polnischem Gebiet verlangt. Die Regierung kann die Auslegung, den die deutsche Vertretung dem Ausdruck Wohnsitz gibt, nicht annehmen. Bei der vorliegenden Frage handelt es sich nicht um juristische Wirkungen, die von der deutschen Gesetzgebung mit Bezug auf das innere Leben im Reich vorgesehen sind, sondern um Wirkungen, welche der Gedanke des Wohnsitzes auf die internationalen Probleme haben kann. Die augenfällige Absicht der Verfasser des Vertrages war es, die Eigenschaft eines polnischen Bürgers nur den Personen zu sichern, die tatsächlich und dauernd durch einen ständigen Aufenthalt die Bande mit dem wiedergewonnenen Gebiet geknüpft hat. Die Antwort der Allierten auf die Bemerkungen der deutschen Delegation vom 16. Juni 1919 ist ein Zeugnis dafür. Es ist kein Zweifel zulässig, daß die vom Völkerverbund und von gewissen anderen deutschen Kreisen aufgeworfene Frage nur beantwortet werden kann: der Wohnsitz kann nur ein einziger sein.

Artikel 4 des Minderheitenschutzvertrages erkennt als polnische Staatsangehörige die Personen deutscher Nationalität an, welche auf dem genannten Gebiet von dort wohnhaften Eltern geboren sind, auch wenn sie selbst beim Inkrafttreten des Friedensvertrages nicht dort wohnhaft sind. Im Sinne dessen, was oben auseinandergesetzt worden ist, kann der Sinn dieses Artikels keinen Anlaß zu Mißverständnissen geben. Der Wohnsitz der Eltern muß ebenfalls tatsächlich sein wie der ihrer Nachkommen. Die Befreiung des Deutschbundes wegen der Anwendung dieses Artikels scheint also gänzlich hinfällig.



Dieser Punkt stellt auch noch die Frage, welche Bedeutung dem Prinzip der Familieneinheit zuzusprechen ist. Die polnische Regierung kann das behauptete Prinzip nicht anerkennen. Die Anwendung dieses fremden Gedankens hätte die Folge, daß deutsche Reichsangehörige die niemals ihren Fuß auf polnisches Gebiet gesetzt haben, und deren Eltern ebenfalls niemals dort gewohnt haben, die Erben eines polnischen Staatsangehörigen deutscher Bürger werden, die polnische Staatsangehörigkeit aus demselben Rechtsgrund beanspruchen können, aus dem man irgend eine Erbchaft in einem fremden Lande beansprucht.

Die polnische Delegation beschränkt sich auf diese Bemerkung, die sie sich selbst hat, dem Völkerverbund vorzulegen, obwohl mehrere der vom Deutschstumbund aufgeworfene Fragen von dem Völkerverbund an die Russische Delegation über internationalen Körperlichkeiten abzutreten zu sein scheinen und obwohl jede Delegation über diesen Gegenstand vor dem Forum des Völkerverbundes seinen Nutzen nicht zu entscheiden scheint. Die Delegation hat bereits die Ehre gehabt, ihren Standpunkt über gewisse vom Deutschstumbund aufgeworfene Fragen in den Mitteilungen zu kennzeichnen, welche sie an das Sekretariat des Völkerverbundes unter dem 13. und 16. November 1921 und unter dem 17. November 1922 gerichtet hat.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, die Vermittlung mehrerer vorzüglichsten Hochschätzung entgegenzunehmen zu wollen.  
(gezeichnet) S. Perlowski.

In der Antwortnote der ehem. Regierung Poniowski an den Völkerverbund, deren vollen Text wir unseren Lesern bringen, haben wir nur wenig zu sagen. Erstens aus dem Grunde, daß etliche Vertreter unserer Regierung (wie dies Redakteure der „Dobrye Resy“ Presse“ schon schmerzhaft verpfändt haben), es für recht und billig halten eine jegliche publizistische Kritik, die gegen ihr Vorgehen in Bezug auf die Winderheiten hierzulande gerichtet ist, als Staatsverrat, der „vom Auslande her geführt und angestiftet wird“, zu stempeln. Wir wollen mit den gestrigen Berichten unserer „freien“ Republik, in der das zufällige Pressebegehren noch immer seine volle Kraft behält, nicht wieder einmal in Konflikt geraten. Es kostet uns wirklich zu teuer; und auf die verkehrte Mentalität der maßgebenden Kreise einen gewissen erzieherischen Einfluß auszuüben, ist in der hiesigen erhöhten Atmosphäre doch kaum möglich.

Das Pflichtgefühl des unserer polnischen Heimat treu loyal gegenüberstehenden Presseorgans zwingt uns jedoch, etliche Bemerkungen über diese Note zu machen.

Die Note, welche von einem jungen polnischen Diplomaten Perlowski unterzeichnet ist, verdient schon aus dem Grunde beachtet zu werden, daß sie andere Zwecke verfolgt, als ihre Autoren es vorgeben. Sie ist viel weniger eine Antwort auf die berechtigten Klagen der Deutschen in Polen, als ein Versuch, die Welt davon zu überzeugen, daß der arme Volk von dem blutdürstigen Schafegewürgt wird, — daß nicht die 17 Millionen Stodpölen römisch-katholischer Konfession den 2 Millionen ihrer deutschen Mitbürger gegenüber angesetzt sind, sondern ganz umgekehrt — daß die in Polen eingewanderten „Ghorda des Panzermanismus“ das in den Wäldern sich befindende neugeborene Polen zu bedrohen vermögen. Ein halbes Drittel der polnischen Erklärung nimmt eine quasi-historische Vorrede ein, in der nicht eine einzige Silbe darüber zu lesen ist, welche Wohltaten auf allen Gebieten der allgemeinen öffentlichen und staatsrechtlichen Kultur die deutsche Bevölkerung Polens der einheimischen slawischen Einwohnererschaft erwiesen hat. Derselbe mehr aber ist dort vor dem Galatienkreisel der letzten paar Jahrzehnte die Rede. Nicht eine einzige Silbe ist in der ganzen „Erklärung“ darüber zu lesen, daß seit unbenklichen Zeiten das deutsche, und nur das deutsche Element mächtig am Aufbau der polnischen Kirche, des polnischen Staatswesens, der polnischen Städte mit ihrer Rechtskunde, ihrem Gewerbe, Handel und der Kunst mitgearbeitet hat, indem es überall im ganzen Reichsgebiet ständig wohnte, (nicht aber, wie es die „Diplomatischen“ Ausführungen der heutigen Warschauer Diplomaten der Welt verstanden, vorwiegend aus fremden und neugegründeten Eindringlingen aus dem deutschen „ewig feindlich gesinnten“ Preußen bestand). Somit müssen wir diese Note als einen neuen und launigen faulen Versuch der immer noch am Staatsruder Polens sich befindenden nationaldemokratischen schwarzen Rote bezeichnen, diese Neupolnische Republik unbedingt auf einen reinen Nationalstaat hinaufstellen. Man will die Wesen der Gedanken gewöhnen, daß ein jeder, der in Polen ist, ein „Pole“ nennen will. Unverständlich ein böser

williger Herrschaft ist, ein „Polenstator im Geiste Friedrichs des Großen, des Fürsten von Bismarck, des Fürsten von Bülow und des Herrn von Bethmann-Hollweg.“ (1)

Man will die zivilisierte Menschheit im voraus auf eine ganz polnische Ausrottungs- und Verdrängungspolitik im Stil Philipps II. von Spanien — wenn nicht der Katharina Medici von Frankreich — vorbereiten, dadurch, daß man der Welt einzureden versucht, daß eine solche Politik für Polen lediglich einen selbstverständlichen Nutzen für die polnische Nation darstellt.

Es ist eine fante Diplomatie, von einer noch fauleren Politik mißgebend!

Die Sache wird dadurch keineswegs klärer, daß man in jedem zweiten Satz den Schluß, die famose „traditionelle Toleranz“ und die angeborene Gerechtigkeit der polnischen Mehrheit preist. Hier hebt die Note hervor, daß man den aus den Staatsdomänen vertriebenen Minderdeutschen Nationalität Millionen von Polenmarkt für ihre Häuser, für ihr Rastrecht und Gerichte bezahlt hat, ohne aber ein Wort darüber zu erwähnen, daß der wirkliche Wert der enteigneten Sachen sich auf über eine Million Mark beläuft. Da wieder erwähnt man den Umstand, daß hiesigen Deutschen, welche in polnischen Staaten als Fremde gebildet haben, gewisse Vergünstigungen bei der zugewandenen Eignung ihres Eigentums abgemindert („mit einleitenden“ „Ebelm““ fast wörtlich die Note) zugestanden hat! Da wieder preist man sogar, daß die Kantorsysteme in Posen und in der Provinz sich besser, daß man (von den über 400 Kantorsystemen) noch während des Schuljahres 1918/19 noch mehr als 200 Leisten bleiben ließ, obwohl es deutsche Schulen außerhalb des von Preußen zurückgenommenen Gebietes sind und „nichts anderes als ein ganzes System in einem offen zugestandenem Zwecke der Germanisierung Polens“ sind. Da wieder preist man, daß die Deutschen des ehemaligen russischen Teilgebietes bereit, in die hiesigen Schulen zu gehen, über die Ausstellungen in Posen und in der Provinz Kantorsysteme für eine

die ersten zwischen Kolonien, mit ihren schwebigen Händen in den Händen, (die sie auf Einladung der polnischen Großgrundbesitzer hin, von denen sie unbares Land von 100 und mehr Jahren Kustlich erstanden haben), für sich und ihre Kinder keine Gotteshäuser errichten, welche zugleich als Schulen an den Werktagen und als Wohnstätten für den Religionslehrer dienen. Von polnischen Ansehens, die damals im heidnischen Zustand der Selbstvergessenheit um sie herum heulen, umgeben, hat ein jedes deutsches Christen seine letzten Kräfte um Mittel herzugeben, um Gottesdienst und Bildung in der fremden Wälder nicht antzulegen zu lassen. Soll auch das als planmäßige germanisatorische Tätigkeit, als „Ebelm““ bezeichnet werden? Als die bösen Jahre des Weltkrieges über das Land hereinbrachen, da fiel es den anhängen militärischen Organisationen ein, so manche deutsche Kantorsysteme zu überreden, ihre Religionskulte dem deutschen Schulverbande anzuschließen. Dieser Plan bezweckte die Stärkung des Deutschums in Polen und man konnte diesen Schritt den Reichsdeutschen nicht verargen, wenn er nicht den klaren Weisungen der Kaiser Konventionen zuwiderläge, die da besagen, daß eine kriegsführende Macht in okkupierten Gebieten keine anderen Verordnungen und keine administrativen Maßnahmen außer denjenigen ergreifen darf, welche ihren strategischen Zielen zu dienen bestimmt sind. Ist es nun aber gerecht zu nennen, wenn unsere Regierung eine wissenschaftlich unausgeglichene Maßregel einer ausüblichen Macht zur Grundlage der Konfiszierung unserer Gotteshäuser macht, diese unsere Gotteshäuser für kommunale Unterrichtszwecke konfiszieren, wo doch das Grundgesetz der evangelisch-lutherischen Kirche von 1849 uns, den Deutschen Kongresspolens, einen vollkommen ungeschmälersten Besitz (wenn die Enteignung nicht durch einen besonderen kaiserlichen Ukas erfolgte) für ewige Zeiten verbürgt? Wenn unsere polnische Diplomatie dem Völkerverbund das Verhalten der Regierung Poniowski und seiner Vorgänger gerade in dieser Frage als Beweis der „edelmütigen Gesinnung“ uns gegenüber aufstellt, so ist das fürwahr eine Unverschämtheit ohne Gleichen. Wir wissen es nur allzugut, daß das gegenwärtige Kon

flitorium mit den beiden Rechtsgelehrten Glas und Bariche auch in dieser Frage das Verfahren der ehem. polnischen Regierungen, die wir oben genannt haben, antzueifeln und gebilligt hat, weil die oberste Kirchenleitung der evangelischen Bevölkerung Kongresspolens bisher aus eben solchen verblendeten Konfiskatoren und Anhänger der „nationaldemokratischen“ Parteianführungen besteht, wie es die Herren Bonilowski, Roderski, Grabki und andere Antoslawski sind. Wir aber erlauben uns, auf dem streng rechtlichen Standpunkte zu verharren.

Aus ethisch-politischen Gründen wäre es uns aber lieb, wenn der Neupolnische Staat mit seinen vier Nationalitäten wirklich eine wirkliche demokratisch gesteuerte Regierung erblicken möchte. Da es mit unseren Rechten ernst nehmen wird, die uns die Hunderte unserer Kantorate zufließen, renovieren, ausstatten und mit deutschen Lehrern versehen wird, die unsere Kirchen in Rußlande und Höherhöflichkeit zu verwandeln über sie wie alten Minder öffentlich zu verfeigern zu konfiszieren oder zu schließen, in ihr Dithers Lehre und Sprache erlernen lassen und so dem Polnischen Staat über 2 Millionen ergebener Herzen gewinnen wird.

Ein trauriges Erwignis ist es, wenn unsere Diplomatie — um ihre veraltete Toleranz aus Protestanten gegenüber der Welt vor Augen zu führen — sich auf die Auslagen der protestantischen Konferenz in Upsala von 1921 beruft, die sie damals gegen die Befassung der Evangelischen Polens unter dem Einfluß des Berliner Oberkirchenrats ausgesprochen hat. Diese Stöße, in ihrer Dithers Pastor Bariche, welcher sie ad usum Dolphini in Upsala im März 1921 errichtet hatte, schon im März 1922 in Posen niedergerissen worden. Generalsuperintendent Bariche hat seinem Posener Amtsbruder Pastor Blau feierlich versprochen, seinen ganzen Einfluß in Warschau und Genuß dahin geltend zu machen, daß die alten Bande zwischen der Berliner Kirchenkonferenz und den evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden des ehemaligen preussischen Teilgebietes nicht gelöst werden; auch die Resolution der Upsala-Konferenz, von der die Note erwähnt, ist längst durch ein spezielles Schreiben des schwedischen Erzbischofs Söderblom, welcher auf dieser Konferenz den Vorsitz führte, beseitigt und aufgehoben worden.

Wir wiederholen: ein erster Diplomat darf sich nicht auf seine Urkunden berufen, sonst kompromittiert er nur den Staat, welchen er vertritt. Noch ein viel krasserer Fall von wenig ernster Behandlung des Stoffes durch unsere Diplomaten liegt vor. In der Note wird gesagt:

„Nein deutscher Ausländer ist bis heute vertrieben worden und die Sprache der polnischen Gerichte, die sich auf diese Angelegenheiten beziehen, haben noch keine Vollstreckungskraft erlangt.“ Dies wurde also am 24. Januar 1922 geschrieben und in Genuß eingebracht als Antwort auf die Klage der deutschen Deutschstummens vom 18. November 1921. Heute sind aber schon lange Monate nach diesen Terminen verstrichen und es weiß die ganze Welt, daß, wenn die Massenansammlung der deutschen Ausländer nicht schon am ersten Dezember 1921 begonnen hat und erst jetzt um zu sich greifen beginnt, dies ausschließlich die Folge der diplomatischen Vorstellungen der Großmächte gewesen ist, welche gegen die unmenslichen Abhängen der Posener und pommerellischen Behörden bei der Warschauer Regierung ernst protestiert haben.

Im großen und ganzen ist die Note fürwahr kein Glanzwerk der diplomatischen Kunst. Sie ist ein Dokument, dessen sich Polen später einmal ganz sicherlich schämen wird. Die ganze Fabel über „heftige pan germanistische Fehlschlüsse“ über die „beleidigenden Ausdrücke, die sich eine Gruppe der deutschen Nationalisten in ihrer tendenziösen Tätigkeit in strafbarer Weise bedient“, die Bemühungen, die bestehenden internationalen Bestimmungen zum Schutze der deutschen Minderheit einzig und allein auf ehemalige preussische Verordnungen zu beschränken, um die Herbe eines solchen Bischofs Bariche gänzlich dem Schutze der Großmächte zu entziehen, alles das ist und bleibt nichts weiter als das elende Nachwerk eines angehenden Stilpers. Wir bedauern aufrichtig, daß die Regierung Poniowski unwilligen Ansehens in diesem wichtigen Falle keine besseren Arbeitskräfte ausfindig machen konnte als die Herren „Diplomaten“, welche diese Note zusammengestellt haben. Es ist das eine Schande für unsere Republik! So etwas darf sich wirklich niemals mehr wiederholen.

Ein alter Diplomat.

**Druckerei**  
Coäger  
**Sreien Presse**  
Codz, Petrikauer Straße 86.  
**Sauberste Ausführung**  
**Druckaufträgen**  
jeder Art.  
**Broschüren, Zeitschriften,**  
**Visitenkarten, Briefbogen,**  
**Briefumschläge u. dgl.**  
Billigste Berechnung, Prompteste Lieferung.

Dr. med. 2863  
**Edmund Eckert**  
Haut- u. Geschlechtskrankheiten.  
Sprechst. v. 8-12 Uhr nachm.  
Klinkstraße Nr. 187.  
das dritte Haus von der Alona

Dr. med. Braun  
Spezialarzt für  
Haut-, venerische- und  
Pernorgankrankheiten  
Poludniowstr. 23  
Empfangt von 10-12 u. 4-8.  
Damen von 4-5. 2848

Dr. med.  
**Schumacher,**  
Dermatologe und Sanitätsrat  
Empf. v. 5-7 u. 11-12 Uhr nachm.  
Gom. u. Feiert. v. 11-12 Uhr  
Benedykta 1. 2843

Dr. med. 2849  
**LANGBARI**  
Zawadzka Nr. 10  
Haut- und Geschlechtskrankheiten.  
Sprechst. v. 9-12 u. v. 5-8.

**Dachpappen**  
Teer, Klebemasse Antisepticum,  
Limmer Asphalt, Dachleiten,  
Pappnägeln, Gartenkies  
Liefert und führt aus  
Eindeckungen und Streichen  
von Dächern sowie Asphaltierungen,  
Dachpappen- und Asphaltfabrik  
**Linke, Ewald & Co.,**  
Codz, Wysoka Nr. 9. 2457

Dr. S. Kantor  
Spezialarzt 2850  
Haut- u. venerische Krankheiten  
Petrikauer Straße 114  
(Geg. des evangelischen Krankenhauses)  
Behandlung m. Röntgenstrahlen  
Quarantäne (Krankensaal)  
Elektrifikation u. Massage  
Krankensaal, von 8-12 u. 4-8, für Damen von 5-8.

**PRESSTORF**  
STICHTORF  
waggonweise und in kleinen Mengen liefert  
Kohlenkontor Bromberg  
Bydgoszcz, ul. Jagiellońska  
Nr. 45/47. Tel. 8, 12 und 13.

**Zahle**  
den Höchstpreis  
für Brillanten, Gold, Silber,  
Uhren und Perlen  
**L. Grünbaum,**  
Petrikauer Straße Nr. 38.  
Die Firma existiert noch Zahle 1888



Beeinflussungsversuchen gegenüber den Bürgern der Vereinigten Staaten empfiehlt.

Das amerikanische Volk sollte wissen, daß der westfälische Friede nur eine Etappe in dem zweitausendjährigen Ringen war, in welchem Frankreich jedesmal, wenn Deutschland schwach, und wenn der französische Militarismus wieder auf einem seiner durch keinen Wechsel der französischen Staatsform beeinträchtigten Höhepunkte war, versucht hat, Deutschland Gebiete zu entreißen und seine Grenzen auf Kosten Deutschlands nach Osten vorzuschieben. Die Amerikaner sollten wissen, daß der Friede von Münster nicht weniger ein Gewaltfriede war, als das Diktat von Versailles, daß beide Male unter Frankreichs Führung die Feinde mit dem aus den Wunden des dreißigjährigen wie des Weltkrieges ohnmächtig blutenden Deutschland gemacht haben, was ihre Willkür zu tun sie antrieb. Neben der Urkunde des Friedens von Münster, die ihnen einen so großen und so falschen Eindruck gemacht hat, sollten die Amerikaner die Urkunde des Vertrages von Mersen kennenlernen, um zu erfahren, wie oft zwischen diesen beiden geschichtlichen Daten sich Deutschland der Ueberfälle Frankreichs hat erwehren müssen. Sie sollten wissen, daß Frankreich durch den Raubfrieden von Münster nur einen Teil des Elblandes annektiert hatte, und welche Trauer über die erzwungene Trennung vom deutschen Vaterlande in den vergewaltigten elbischen Städten geherrscht hat, so daß sogar edle und aufrichtige Franzosen, wie der berühmte Erzbischof Fénélon, der Erzieher der Söhne des Königs, den habgierigen Ludwig XIV. wegen dieses Raubes deutschen Landes öffentlich getadelt haben. Sie sollten wissen, wie Straßburg mitten im Frieden überfallen wurde, wie die der Schweizer Eidgenossenschaft zugewandte Stadt Mühlhausen von den Franzosen eingekreist und zum Anschluß an Frankreich gezwungen wurde, und wie erst während der Revolution die letzten, noch immer zu Deutschland gehörigen Stücke des Elblandes Frankreich einverleibt wurden. Sie sollten wissen, daß der große Engländer Thomas Carlyle die Wiedervereinigung Elb-Lothringens mit Deutschland als die Wiedergutmachung eines unverjährbaren geschichtlichen Verbrechens gefordert und geschrieben hat, daß kein Volk der Welt einen so schlimmen und raubischen Nachbar gehabt hat, wie Deutschland zwei Jahrtausende hindurch an Frankreich.

## Kunst und Wissen.

Ein zweiter Fall Georg Kaiser. Der Dichter Reinhold Göring, dessen Drama „Seefisch“ seinerzeit starkes Aufsehen erregte, wurde in Braunschweig unter der Beschuldigung des Bilderdiebstahls in Haft genommen. Göring, der eine Zeitlang edelkommunistischen Anschauungen gehuldigt und sein frühes bürgerliches Leben — er ist Arzt — abgebrochen hatte, um in einer Art anarchistischer Freiheit zu leben, die ihn allerdings auch zu moralisch bedenklichen Zugeständnissen verführte, machte vor einiger Zeit die Bekanntschaft eines reichen Braunschweiger Herrn, der angeblich mit seinen Ideen sympathisierte und die dichterische Kraft Görings bewunderte. Er bot Göring den freien Mißbrauch seines ganzen Vermögens an. Göring, der sich in einem Zustande der Erschöpfung befand und in dem Herrn einen aufrichtigen Mäzen sah, nahm das Angebot an und zog nach Braunschweig. Es soll aber bald Mißstimmung entstanden sein, nach der einen Darstellung, weil sich das Verhältnis nicht nach den Wünschen des Mäzens entwickelte, nach einer anderen, weil Göring die ihm eingeräumten Rechte mißbraucht haben soll. Er soll unter anderem Bilder aus dem Besitze seines Freundes verkauft haben. Der Eigentümer hat zwar die Bilder sogleich zurückgekauft, hat aber Anzeige gegen Göring erstattet, die zur Verhaftung führte.

„Ein feste Burg ist unser Gott“ in 100 Sprachen. Pastor C. Doring von Chicago (Illinois), ein bekannter Hymnologe, hat festgestellt, daß Luthers Schutz und Trutzbild: „Ein feste Burg ist unser Gott“ in 100 Sprachen überetzt worden ist, nämlich in Europa in 32 Sprachen, in Asien in 28, in Afrika in 32, in Grönland, Nord- und Südamerika in 8 und in Australien in 7 Sprachen. „Ein feste Burg ist unser Gott“ ist, wie Pastor Doring erklärt, das einzige christliche Kirchenlied, welches in 100 Sprachen überetzt worden ist.

Junge oder Mädchen — eine Schilddrüsenfrage. Eine neue Theorie über die viel erörterte Frage der Vorausbestimmung des Geschlechtes entwickelte Dr. Leonard Williams in einem Vortrag vor der Britischen Keryvereinigung. Die männlichen und die weiblichen Elemente, aus denen das Kind entsteht, kämpfen miteinander um die Oberhand, und je nach dem Sieg des einen oder anderen, entwickelt sich das Geschlecht des Kindes. „Wenn der Sieg des Männlichen vollständig ist“, erklärte der Arzt, „dann entsteht ein Kaiser, Napoleon oder Bismarck. Ist das Männliche nicht ganz vorherrschend, dann entsteht der gewöhnliche Mann usw.“ Nach Williams Ansicht kann man das Geschlecht des zu erwartenden Kindes bestimmen, indem man der Mutter Substanz einer männlichen oder weiblichen Schilddrüse zuführt. Aber mit Hilfe dieser allmächtigen Drüse kann man das Geschlecht nicht nur vor der Geburt beeinflussen, sondern man kann auch durch Einspritzung von Schilddrüsenextrakt im Alter von 14 oder 15 Jahren das männliche Wesen männlicher machen und das weibliche weiblicher.

Leichtfeuer von einer Willkürkerzen. Auf dem Mont Afrique bei Dijon wird laut

„Mischau“ für den Luftverkehr Paris, Algier, Italien. Schweiz ein Scheiterwerfer mit acht Rufen aufgestellt, die in zwei Störwerken angeordnet, zwei Gruppen mit um 180 Grad gegeneinander verschobener Achsen darstellen. Die von je vier Rufen angeordneten Lichtbündel vereinigen sich zu einem einzigen Lichtbündel von rund einer Milliarde Kerzen. Die Lichtweite dieses Scheiterwerfers beläuft sich bei klarem Wetter auf 300 Kilometer.

## Rätsel.

Gran Eisenbahn.

Ohne Fuß und Bein  
Geht ich hin und her,  
Wache kurz auch schlief.  
Was zu lang vorher;  
Nichte Zwißpall an.  
Weil ich so gefloht.  
Und von meinem Zahn,  
Was ich freile, rollt.

### Lösung des Rätsels

aus der letzten Sonntags-Ausgabe.

Leben und Kunst.

Kongern — Kongert.

Eine richtige Lösung sandte ein:  
„Polizeileutnant Brown.“

## Briefkasten.

Sämtliche Anfragen sind auf der Briefkassette mit dem Vermerk „Für den Briefkasten“ zu versehen. Ferner muß der Name und die Adresse des Fragestellers deutlich angegeben und eine Briefmarke für 20 Mk. für etwaige Erwidigungen beigelegt sein. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt.

W. G. 1. Dacrose Schule für rhythmische Gymnastik in Jellerau bei Dresden 2. Eine solche Schule gibt es in Lodz nicht.

S. W. 180. 1. Ja. 2. Ja. 3. Pastor Willipp Schmidt.

E. A. Tomaschew. Dagegen läßt sich nichts tun, denn damit hat die Kirche nichts zu schaffen. Der Pastor ist in diesem Falle Zivilstandsbeamter, nicht aber Beamter der Kirche.

W. S. Pabianice. Schon besser, zur Veröffentlichung aber noch immer nicht geeignet.

W. S. Anonymous Anfragen werden nicht beantwortet.

W. S. Die Deklarationen werden Sie einreichen müssen. Lassen Sie sich von Ihrem Schatzrat eine Empörungsbefähigung geben. Gleichzeitig richten Sie an die deutschen Gesandtschaften, Niemcecko Straninow polowa na Sejm, Warsawa Sejm, eine polnisch geschriebene Bestätigung über das Ihre Gebilde widerfahrene Unrecht.

P. Klamor. Wiedergeborenes Spiegelglas ist nicht zu ändern. Man müßte in einer Spiegelglasfabrik den silberigen Überzug entfernen und das gereinigte Glas mit einem neuen Überzug versehen lassen.

R. Die erste Internationale war die 1864 als Fortbildung des 1838 gegründeten „Bundes der Kommunisten“ und des 1840 gegründeten „Bundes der Arbeiter“ gegründete sozialistische Arbeitervereingung aller Länder. Durch unsere Streitigkeiten über die Organisation zerfiel die Internationale, die Idee lebte jedoch fort und entwickelte sich zur 2. Internationale. Die 3. Internationale ist die bolschewistische oder Moskauer Internationale. Dagegen liegt die Wiener unabhängig, auch die sogenannte 2 1/2 Internationale.

S. S. Geht es Ihnen 1. Diese Gefährdungen erscheinen im Verlage des Deutsches Buchhandels zu Wahrung der Minderheitsrechte, 2. Die Wahl des zynischen 2. 2. Die Nachteile sind von der Regierung herausgegebenen Ergänzungen bzw. Ergänzungen. 3. Den „Volksfreund“. Er vertritt die gleichen Ziele wie die „Dobrye Freie Presse“. Er erscheint wöchentlich, und kostet 300 Mk. vierteljährlich. 4. Ja.

Willi ald. Die Preise der amerikanischen Motorräder sind uns nicht bekannt. Ein Wanderer-Motorrad wird heute ungefähr 2500 Reichsmark (4-6 Reichsmark) kosten. Da ein ziemlich reichhaltiger Zoll erhoben wird, würde es sich empfehlen, es aus Paris zu beziehen. Bezugsquellen: Walter Friedl, Langgatten 6/7; Kochl u. Heinenreich, Berggasse 361; Jannag G. m. b. H., Bötzengasse 24-27.

W. S. Kunst. 1. Harmoniums werden in Polen nicht gebaut. 2. Sie werden aus Deutschland und Amerika bezogen.

E. R. 100. In der jetzigen Zeit wäre das geeignetste eine Rhodarberr. Eine Glasbeere. Wir geben Ihnen da folgendes Rezept: Knete zu einem großen Rollenboden oder zu zwei kleinen 250 Gr. Butter, 2/5 Gr. feines Mehl, 125 Gr. Zucker, 1 ganzes Ei zu einem klaren Seige, rolle diesen aus, belege ein rundes Blech damit und lege einen Teigrand auf, den man zur Verzierung so fertigt, wie man will, und goldgelb backen läßt. Vor dem Anrichten streicht man Rhodarberr-Marmelade oder legt ihn geschornete Schlagschnee darauf und reicht nach Belieben noch Schlagschnee dazu. — Statt der Butter können Sie natürlich auch ein anderes Fett nehmen, das ist ja aber auch nicht viel billiger.

Bitte. Weiße Strampfenfedern reinigt man auf folgende Weise: Sein geschabte venetianische Seife läßt man eine Viertelstunde in einem emaillierten Topf kochen, während man sie mit einem Schaumbecken zu Schaum rührt. Hiermit werden die Federn aufgeschüttet, indem man sie zwischen den Fingern durchzieht und die Seife mit lauwarmen Wasser abspült. Beim Trocknen wärmt man etwas pulverisierten Schwefel auf glühende Kohlen und hält die noch nassen Federn über dem Schwefeldampf. Schließlich hängt man sie an einem lichten Ort auf. Die Reinigung der Federn geschieht, indem man sie zwischen dem Daumen und dem Ringen eines Messers zieht.

E. S. 28. Farsiede vermag man auf folgende Weise zu entfernen: Sind sie bereits veraltet, so benutzt man reines Perennin, mit dem man die Fiedel längere Zeit befeuchten muß. Schließlich wagt man zu partikularem Spiritus nach Handelt es sich um hartnäckige in farbigen Stoffen, so natürlich nicht in ihrem Aussehen ändern wollen, so reibt man die Fiedel entweder mit gereinigtem Perennin oder Bitumen ein und jagt mit einem Löffelchen von gleichem Stoffe so lange darüber hin, bis die Fiedel verschwunden sind. Darauf wagt man mit Wasser und etwas Glycerin aus. Fiedel von hart kommen gerne von Zeit zu Zeit wieder zum Vorschein. In dem Falle muß man das angegebene Verfahren wiederholen.

# Handel und Volkswirtschaft.

## Die Frage einer Danziger Textilindustrie.

Dr. Kurt Pelzer schreibt im Danziger „Osten“ u. a.:

Bei dem Neuaufbau der Danziger Industrie handelt es sich keineswegs allein um eine Transaktion deutscher Industrierwerke, das Ausland und lamentlich Polen hat sich dem gleichen Vorgehen angeschlossen, ist Danzig in dieser Richtung doch nicht allein als Industriepark, sondern im gleichen Masse als Industriehafen zu bewerten.

Gerade auf diesem letzten Moment beruhen die Erwägungen, Danzig zum Mittelpunkt eines neuen Textilindustriekreises zu machen. Auf den ersten Augenblick muss hieraus eine Konkurrenz gegen Lodz konstruiert werden. Seit einer langen Reihe von Jahrzehnten führt Lodz den Namen des polnischen Manchester, seit Generationen ist die Arbeiterschaft in Lodz an diese Industrie gewöhnt, auf ihre Feinheiten eingestellt. Doch damit sind nahezu alle vorzüge erschöpft, die für Lodz als den Standort der polnischen Textilindustrie sprechen. Wirtschaftspolitische Massnahmen haben die Grundlage für Ausdehnung dieses Industriezweiges geschaffen, losgelöst von der völlig neutralen geographischen Lage dieses Industriezentrums, das auf den Bezug seiner Rohmaterialien von weiter angewiesen war und auch heute noch im Zeitalter der ständig steigenden Frachttarife angewiesen ist.

Es ist hinreichend bekannt, dass von den Erzeugnissen der polnischen Textilindustrie in Vorkriegszeiten nur ein verhältnismäßig sehr kleiner Teil in Kongresspolen vertrieben. Das eigentliche Absatzgebiet war Russland, dieses Russland, das heute über alle Kraft warenhaftig ist und doch bisher in keinem nennenswerten Umlage die Hoffnungen erfüllt hat, die gerade die Lodzer Textilindustrie seit der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Polen und Sowjetrussland auf ihren früheren Absatzmarkt setzen zu dürfen geglaubt hatte. So war die Lodzer Textilindustrie darauf angewiesen, sich neue Absatzgebiete zu erschließen, und hatte dabei auch manch einen Erfolg aufzuweisen. Dass hierbei als Mittler zwischen Lodz und den nordischen Staaten Danzig allein in Frage kam, verstand sich von selbst. So errichteten verschiedene Lodzer Unternehmungen in der alten Hansestadt Vertretungen, es wurden Ausstellungsräume eröffnet, kurzum, Danzig ist im Verlauf der letzten Jahre zu einem Kontor der Lodzer Textilindustrie geworden, dessen Bedeutung um so größer ist, als Danzig gleichzeitig als Importhafen für die Rohstoffe der polnischen Textilindustrie zu gelten hat. Bedenkt man, dass in Vorkriegszeiten nahezu die Hälfte der in Lodz verarbeiteten Wolle aus dem Ausland eingeführt werden musste, erhält man einen Anhaltspunkt für die günstige Beurteilung der Aussichten einer Danziger Textilindustrie, der um so ernster zu nehmen ist, als die Frage der Errichtung eines Baumwollhafens in Danzig durchaus nicht von der Hand zu weisen ist. Das Umladen der Rohstoffe und ihr Abtransport zur Verarbeitungsstelle ist heutzutage gleichbedeutend mit einer sehr erheblichen Preisverteuerung, die ihrerseits die Tendenz auf dem Markt niederdrückt.

Berücksichtigt man weiterhin, dass die chemische Industrie in Danzig schon in den nächsten Jahren einen beträchtlichen Aufschwung nehmen dürfte, dass die Danziger Maschinenbauindustrie wohl in der Lage sein würde, sich auf die Lieferung von Spinnerei, Weberei, Appretur- und Färberei-Maschinen einzustellen, so fallen damit weitere Schwierigkeiten fort. Es sei im übrigen darauf hingewiesen, dass die polnische Textilindustrie nur einen kleinen Teil der benötigten Maschinen aus der Bielitzer Maschinenbauindustrie bezog, in der Hauptsache kam England nach wie vor als Lieferant in Frage.

Ein Kapital für sich wäre die Beschaffung der erforderlichen Kohlenmenge. Die Lodzer Textilindustrie war größtenteils auf die Belieferung mit oberschlesischen Kohlen angewiesen, da die Dombrowaer Kohle für Industriezwecke weniger geeignet ist. Der Umstand, dass durch den Genfer Entscheid nicht weniger als 59 Kohlen-gruben Oberschlesiens in polnischen Besitz übergehen, stellt die gesamte Kohlenwirtschaft Polens auf eine neue Grundlage, denn nicht nur reichen jetzt die geforderten Kohlenmengen zur restlosen Versorgung Polens, es können auch noch namhafte Mengen zum Export bereitge-

stellt werden. Für die Danziger Industrie bedeutet der Kohlenreichtum Polens die Aussicht auf eine glatte Belieferung mit Kohlen, wie sie auch einer neu entstehenden Textilindustrie in Danzig zugute käme. — Im Zusammenhang hiermit sei das Projekt eines Industriekanals Oberschlesien—Danzig erwähnt, dessen Verwirklichung allerdings von vornherein fraglich erschien und es um so mehr sein wird, je positiver das Ergebnis der deutschen polnischen Wirtschaftsverhandlungen ausfällt. In jedem Falle erscheint eine grosszügige Elektrifizierung Danzigs und seiner Industrie geboten.

Schwieriger dürfte die Frage einer tüchtigen Facharbeiterschaft zu lösen sein, doch ist nicht daran zu zweifeln, dass die Hinzuziehung erfahrener Textilarbeiter und -arbeiterinnen als Lehrpersonal durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt, sofern Danzigs Wirtschaftspolitik die Ansiedlung von Facharbeitern durch Bereitstellung von Wohngelegenheiten unterstützt. Es gilt diese Massnahme auch für mannigfache andere Industriezweige, die sich ihr Arbeitermaterial erst anziehen müssen.

Es war vorher auf die Bedeutung Danzigs als Mittler zwischen Lodz und den nordischen Staaten hingewiesen worden. Man könnte einen Schritt weitergehen und eine Danziger Textilindustrie getrost auch als Lieferant für den deutschen Markt bezeichnen. Es ist die Frage, inwieweit die Lodzer Textilindustrie sich dem Geschmacksmitteleurogas anzupassen vermag, wiederholt erörtert worden. Gerade die Danziger Abnehmerschaft hat Zweifel an der Verwendbarkeit der Lodzer Waren als unseren Anforderungen nicht entsprechend geäußert, da die Lodzer Werke sich seit langem hauptsächlich den Bedürfnissen Russlands angepasst haben. Die nächsten Jahre müssen zeigen, ob diese Bedenken zu Recht bestehen. Eine Danziger Textilindustrie würde von vornherein auf höhere Ansprüche eingestellt sein und damit nicht zum Konkurrenten für Lodz, sondern zu seinem Kompagnon werden können. Die erheblich herabgeminderte Leistungsfähigkeit der russischen Textilindustrie, die bei weitem nicht zur Deckung des einheimischen Bedarfs während der nächsten Jahrzehnte ausreichen wird, zeigt gerade der Lodzer Textilindustrie den Weg für die Zukunft.

Zur Schaffung einer leistungsfähigen Industrie gehört nicht nur Geld, sondern auch Zeit. Man kann günstigstenfalls grosse Warenmengen auf den Markt werfen, qualitativ werden sie schwerlich auf der Höhe sein.

Für Danzig kommt es darauf an, sich seine Industrie zu schaffen, so lange die Zeit dazu günstig erscheint und den Stempel der Entwicklung trägt.

Polens Aussenhandel im Januar 1922. Der Aussenhandel Polens im Januar 1922 wird nach einer Zusammenstellung des statistischen Hauptamtes in Warschau durch folgende Zahlen dargestellt:

Die Einfuhr betrug 386 281 To. (im Vorjahre 409 570 To.), die Ausfuhr 214 024 To. (im Vorjahre 119 178 To.).

Die Haupt-Einfuhrobjekte bildeten: Kohle 314 643 To., Baumwolle 2946 To., Wolle 1409 To., Maschinen und Metall-erzeugnisse 11 702 To.

Die Haupt-Ausfuhrobjekte waren: Holz und Holzzeugnisse 98 183 To., Rohöl und Kohlenprodukte 38 640 To., Metall-erzeugnisse 1643 To., Zement 5163 To., Zucker 5892 To.

Der Wert der Einfuhr, der zum ersten Male vom statistischen Hauptamt berechnet wurde, betrug im Januar 1922 insgesamt 2 1/2 Milliarden Mark, die Ausfuhr 9 Milliarden 91 Millionen Mark.

Die Verpachtung des Bialowieser Urwalds. In Anbetracht der Gerüchte von einer Verpachtung des Bialowieser Urwalds sieht sich der Oberrat der Holzverbände Polens veranlasst, nachstehendes bekannt zu geben: Auf der Tagung der Vertreter der polnischen Holzindustrie wurde auf Antrag einiger Verbände eine Entschliessung gefasst, nach der die zuständigen Behörden um Bekanntmachung der Bedingungen der Verpachtung aufzufordern sind, denn die Verpachtung dieses ungeheuren Holzgebietes ist von grösster Bedeutung für die einheimische Holzindustrie, die sich einen gewissen Einfluss auf die Ausfuhr sowie die Exploitation sichern will. Auf Grund dieses Beschlusses begab sich eine Abordnung des Oberrats zum Finanzminister sowie zum Ackerbauminister, wo ihr erklärt wurde, dass die Regierung nicht abgeneigt ist, mit Vertretern der polnischen Holzindustrie in Verhandlungen zu treten, sofern diese



über genügende Kapitalien verfügen und die an der Exploitation geknüpften Bedingungen zu erfüllen bereit sein würden.

**Fünftägige Arbeitswoche in Amerika.** Amerikanische Zeitungen berichten, dass der Automobilkönig Henryk Ford in seinen Betrieben die vierzigstündige Arbeitszeit eingeführt habe. Diese Verordnung betrifft die in den Fordschen Betrieben beschäftigten 55.000 Arbeiter sowie weitere 5.000 Arbeiter, deren Anstellung durch die Einführung dieses Arbeitssystems nötig wird. Die alten Arbeiter erhalten 6 Dollar täglich, die neuangestellten 5 Dollar.

Nach Ford soll dieses System bezwecken: 1) für die Arbeitslosen eine Erwerbsmöglichkeit zu schaffen, 2) den Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich auch mehr mit ihren persönlichen Angelegenheiten zu befassen.

Die Verwaltung der Werke ist der Ansicht, dass die Arbeiter durch die Verkürzung der Arbeitszeit sich zufriedener fühlen werden. Dies kann schließlich nur zu größerer Arbeitsfreudigkeit und damit zur Hebung der Arbeitsleistung beitragen.

Die amerikanische Presse bespricht diese Reform im allgemeinen sehr wohlwollend. „Plain Dealer“ weist darauf hin, dass als man die Einführung der 48 stündigen Arbeitszeit in Erwägung zog, deren Gegner der Ansicht waren, dass dies gleichbedeutend sei mit dem wirtschaftlichen Ruin des Landes. In Wirklichkeit war es jedoch anders. Wenn die anderen Industriellen auch jetzt dem Beispiele Fords folgen würden, so könnte dadurch die Produktion gehoben werden. Ähnlich äußert sich „Christian Science Monitor“. Wenn man diese Arbeitsreform vom individuellen Standpunkte aus betrachtet, so

verringere sie die Verdienstmöglichkeit des einzelnen Arbeiters, was jedoch durch den Umstand aufgewogen wird, dass gerade durch die 40-stündige Arbeitszeit viele Arbeitslose Beschäftigung finden werden. „New York Herald“ schreibt, dass sich der englische Sonabend als unlohnend erwiesen habe, da die Arbeiter in der Vorfrühstücksstimmung keine dem Lohn entsprechende Arbeit leisten. Das Blatt berechnet, dass Ford imstande sein wird, bei geringeren Arbeitslöhnen in fünf Tagen ebenso viel Automobile zu bauen wie bisher in 5 1/2. Die Bostoner „Financial News“ weist darauf hin, dass die Industriellen mit größter Aufmerksamkeit, wenn nicht mit Besorgnis die Fordsche Arbeitsreform verfolgen. Diese Reform sei umso bemerkenswerter als sie gerade in dem Augenblick eingeführt werde, wo von der gesamten Industriewelt die Verlängerung der Arbeits-

zeit als alleiniges Mittel zur Hebung der Arbeitsleistung gefordert wird. Zwischen diesem System und dem in der Textilindustrie massgebenden bestehe ein grosser Gegensatz. Sowohl in der Textilindustrie als — zum Teil — auch in der Metallindustrie bestehe noch immer der 10-stündige oft sogar der zwölfstündige Arbeitstag.

Der Führer der amerikanischen Arbeitsföderation, Samuel Gompers, soll sich dahin ausgesprochen haben, dass Ford durch die 40 stündige Arbeitszeit dieselben Erfolge erzielen würde wie s. Zt. durch die Einführung der 48 stündigen erzielt wurde. Matthew Woll, der Vizepräsident der Oganisation, sagt von Ford, dass er wie kein anderer das „menschliche Element im Produktionsprozess“ begreife.

## Zgierz.

Am Sonntag, den 25. d. Mts., veranstaltet der  
**Zgierz Deutsche Gymnasialverein**  
im Garten des Zgierz Turnvereins, Wesołastraße, ein

# Garten-Fest

unter Mitwirkung der Ozorkower Feuerwehrkapelle, des Zgierz Männergesangsvereins, des Kirchengesangsvereins „Konkordia“ und des Zgierz Turnvereins.  
Beginn 3 Uhr nachmittags.

Um geneigten Zuspruch bittet

2949

die Verwaltung



**Lodzer Gesangsverein „Gloria“**

ladet hierdurch ihre seine Mitglieder nebst m. Angehörigen sowie Gönner des Vereins ein zu dem am Sonntag, den 25. Juni stattfindenden

## Großen Gartenfest

im Häusler'schen Parke in Radogoszcz.

Schöner Aufenthaltsort!

Berstreuungen für jung und alt!

### Konzert des Scheiblerschen Orchesters

unter Leitung des Kapellmeisters Herrn A. Thonfeld.

Beginn 2 Uhr nachmittags.

Um geneigten Zuspruch bittet

die Verwaltung.

Bei ungünstigem Wetter wird das Fest auf Donnerstag, den 29. verlegt.

2837

## „Tygodnik dostaw“ — Lemberg

bereitet nachstehende  
Sondernummern vor:

Die Sondernummer  
„Przemysł Żelazny  
w Polsce“  
erscheint  
im Mai

Die Sondernummer  
„Przemysł Drzewny  
w Polsce“  
erscheint  
im Juni

Die Sondernummer von  
den Kurorten u. Sommerfrischen in Polen  
erscheint  
im Juli

Für diese Sondernummern werden ganz-  
halb- und viertelseitige Anzeigen zu  
gewöhnlichen Tarifpreisen, ohne  
jeglichen Zuschlag, entgegengenommen.

Vorlagsgesellschaft des „Tygodnik dostaw“  
Lemberg, Potocki-Strasse 26. Tel. 259.

220

## Hartspirituskocher

sind wieder eingetroffen und erhältlich bei

**Kosel & Ko., Przejazd 8,**

**L. Spieß i Syn, Piotrkowska 117,**

**Arno Dietel, Piotrkowska 155.**

2367

## Teichmann & Mauch

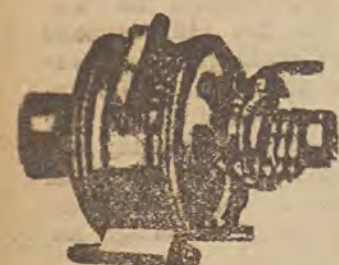
Elektrotechnisches Installationsbüro und Reparatur-Werkstätten

**Lodz, Petrikauer Straße 240.**

Reparaturen von Elektromotoren, Dynamomaschinen,  
Transformatoren, Koch- und Heizapparaten sowie  
alle in das Fach schlagenden Arbeiten. Prüfung von  
Fischbatterien, Installation von elektrischen Licht- und  
Kraftanlagen.

1421

Lager von elektrischen Installationsmaterialien



## Die Schüler - Fürsorge

der 89. Volksschule veranstaltet am 1. Juli,  
um 8 Uhr abends, im Sportsaale in der  
Sakontanstraße 82 einen

## Konzert-Raut

zugunsten der Schülerhilfe zwecks An-  
kauf von Büchern und anderen Lehrmitteln.

Die Schüler-Fürsorge.

Eintrittskarten sind in der Drogerie von  
Arno Dietel und am Tage des Konzerts an  
der Kasse zu haben.

2975

Geführt

## Geübte Wäschenäherinnen

für Herren- und Damenwäsche bei gutem Gehalt wie auch

Lehrmädchen

die das Wäschewaschen gründlich erlernen wollen

## Elektrischer Wäschenähsbetrieb

W. Knapp, Kilinskiego-Straße 103.

## Elektrot. Büro u. Reparatur-Werkstatt

### P. Szule i Ska

Inhaber P. SZULC

**Łódź, Andrzejka 9.**

Annahme sämtlicher elektrotechnischer Arbeiten u. Repara-  
turen v. Dynamo- und Motoren aller Systeme.  
Elektrische Licht- und Kraftanlagen. Reparatur von  
Bogenlampen und Signalisierungs-Anlagen.  
Sämtliches Installationsmaterial sowie Konsumgüter und  
Ampeln stets am Lager.

2863

## Das chemische Laboratorium

beim Verbands der Appreturen und Färbereien des Lodzer Bezirks

**Lodz, Petrikauer Straße 84,**

übernimmt die Ausführung sämtlicher chemisch-techni-  
scher Analysen.

263

### Spargelder

verzinsen wir  
bei täglicher Rückzahlung mit 6%  
6-mösch. nll. " 1%  
1/2-jähr. " 13%

**Deutsche Genossenschaftsbank in Polen**

Lodz, Alieje Kościuski 45/47

2764

## Holzwohnhäuser

**Gebr. Schwarz,**

Holzbearbeitungswerk,

Bahnhof Chojny.

Henrykstraße 10—22

hat abzugeben ab Lager 3 Modellhäuser mit 3 4 und  
7 Zimmern. Ueberrimmt Aufträge für sämtl. Holzbauten  
speziell Wohnhäuser, ferner Hallen bis 30 Mtr. Spann-  
weite ohne Träger, Alogaragen, Kantinen, Baracken usw.  
Außerdem Windmühlen und Kleinkonstruktionen. Fach-  
männische und prompte Bedienung zugesichert.

Eigener Elektrizitätsanschluss. Eigene Kollage.

2777

## Möbel gegen Teilzahlung

ohne Aufschlag, solide Ware, mäßige Preise. Preislisten gegen  
Einsendung von 100 M auf Postbedamit Warschau  
Nr. 190, 176. Einfuhrbewilligung wird beigegeben. Vertreter  
werden überall aufgenommen. **D. Dr. Möbelsindustrie, Wien  
XXX, Döblinghaupteck 71.**

2194

## Deutsches Schülerheim in Teschen,

Poln. Schlesia, vorzügl. Unterkunft für kath. oder  
evang. Schüler der Volksschulen u. Bürgerersch. od. des Real-  
gymnas. (Gymn. u. Realsch.) Günstige Lage, gute Ver-  
pflegung, mäßige Preise. — Auskünfte erteilt die  
Anstaltsleitung.

2898

Selbständiger

## Färbermeister

auf Woll- und Baumwolle sucht Stellung. Gefällige  
Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter  
„M. 8“ zu richten.

2881

**Knappervitrol, Salzbu gerbit iol, Glauber-  
salz, Pottasche, Natrium, Salz- u. Schwe-  
felsäure, Sulfid Extrakt (Sulfid-Abblauge)**

sowie alle anderen

## Chemikalien u. Leberprodukte

liefern

ständig in großen Mengen und erbiten Majagen

Industriehaus

für Graben- und Hüften-Bedarf,

Ges. m. b. H. Nikolai, Oberschlesien.

## Wielka Wyprzedaż

### OBUWIA

gwarantowanego mekiego i dam-  
skiego starych i nowych

Od 2 czerwca do 1 lipca u

2977

**J. Kowalczyka, 25 Cegielniana 25.**

## Abchlüsse, Einführungen

und die Kontrolle von Handelsbüchern übernimmt  
routinierter bilanzföhrer Buchhalter  
Petrikauer 257, Ad. Kaminski für Buchhalter.

Für ein elektrotechnisches Büro wird ein

## Techniker oder Ingenieur

per sofort gesucht. Offerten mit Lebenslauf u. B. G. 9  
an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

2948

## Buchhaltergehilfe(in)

der deutschen und polnischen Sprache mächtig, für sofort ge-  
sucht. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigk. sowie der  
Gehaltsansprüche sind an die Geschäftsstelle des Blattes unter  
„B. G. 9“ zu richten.

2943

## Webereifachmann

mit langjährig. Erfahrungen in der Halbwoll-Baumwoll-  
und Wollbranche sucht sich per bald oder später zu verändern.  
Gef. Angebote unter: „W. R. R.“ an die Geschäftsstelle des Bl.  
erbeten.

2939

## Jüngerer Zeichner

für ein elektrotechnisches Installationsbüro per sofort  
gesucht. Off. unter „Jüngerer“ an die Geschäftsstelle  
dieses Blattes erbeten.

2959

Einen

## Anschlag



auf seine eigene Tasche verübt

derjenige,

der nicht in der

## „Lodzer Freie Presse“

inseriert.

2700



# Pokost

iniany, wystaiy  
wyprowowanej  
dobroci  
stale na skladzie

poleca

2997

FABRYKA

pokostow i przetw. chemicznych

„SFINKS“, Łódź, Kilińskiego 70.

## Wie immer

Ist die Auswahl riesengroß bei  
Schmechel & Rosner, Łódź, Pe-  
trikauer 100 u. Filiale 180 und  
die Preise unübertroffen billig:  
Kreton-Kleider 55/0, 45/0  
Etamin-Kleider 50/0, 45/0  
Cheviot-Kleider 58/0, 75/0  
Cheviot-Röcke 35/0  
Damen-Mantel Kowarkot 28/00, 32/00

## Saison-Ausverkauf

an schiedlichen Preisen  
nach steigender Tendenz

A. Tschaff & Co., Łódź,  
Petriskauer Straße 100, Teleph. 541

Abreise wurde ihnen eine Rechnung zur Be-  
gleitung von 15 Millionen Rubel für  
ihren Aufenthalt unterbreitet.

Die Einräde, die die ausländischen Verlei-  
ger durch ihre Aufnahme seitens der Moskauer  
Verwaltung sowie durch die im Prozess gegen  
die Sozialrevolutionäre geübte Verhaftung  
von den Zuständen in Russland gewonnen haben,  
dürften durch die Präferierung dieser affrono-  
mischen Zahlen aufweisenden Rechnung noch ver-  
größert werden sein.

## Sokales.

Łódź, den 25. Juni 1922.

### Fort mit dem „Schwarzen Kabinett“.

Die Briefe, die an die verlassenen  
Schmachvollen Stellen polnischer Allgemeiner  
innerer Einrichtung, ist dem der empfinden Pro-  
zesse der gesamten Presse Polens endlich ab-  
geschlossen worden. Ein Schritt zur Europäisierung  
unserer Verhältnisse ist getan worden. Noch  
immer aber besteht ein anderes „Schwarzes  
Kabinett“ und fest das Ansehen Polens vor der  
Welt herab. Wir meinen die beim Regierungs-  
kommissar in Warschau bestehende Druck-  
schriften-Zensurkammer. Jedes aus dem  
Auslande eintreffende Buch, jede Zeitschrift, Be-  
itung, jede Drucksache überhaupt wird von der Zensur  
nach Warschau geschickt, wo eine hochweise Behörde  
darüber wacht, daß die Seele des ihrer Obhut an-  
vertrauten „Unterworfenes“ nicht durch ein ge-  
drucktes Wort vergiftet werde.

Es bedeutet eine Schwächung des Jahrhunderts  
der Aufklärung, daß Polen das Versehen eines  
derartigen „Schwarzen Kabinetts“ duldet! Der  
Minister tritt die polnische Konstitution mit  
Füssen, der es sagt, eine den Geist knebelnde,  
die Bevölkerung verarmende Einrichtung zu  
erhalten. Es ist wirklich schon Zeit, daß Polen  
aufhört, der Fortschritt aus finsternen Zeiten der  
Unfreiheit hamnenden Schrecken zu sein! Lange  
genug hat man in unvernünftiger Weise der  
Regierung das Band vor der Augen Welt bloß-  
gestellt. Es genügt wirklich, daß der Papst in  
Rom ein Zensurenkollegium beschließt, das „ge-  
fährliche“ Bücher auf den Index setzt, wir  
können uns für das andere das Geld ersparen.

Das Versehen der Zensurstellen für Briefe und  
Druckschriften hat noch eine weitere Schattenseite.  
Es kommt sehr oft vor, daß aus Briefen wertvolle  
Einlagen (z. B. Briefmarken) aus Druckschriften  
Schriften verschwinden. Für den Empfänger,  
der sich naturgemäß an die Stelle hält, die er  
als dienende kennt, die mit der Sendung etwas zu  
tun hatte, ist das Urteil über den Verbleib des  
Versandten schnell fertig: die Zensur hat es konfi-  
skiert! Es braucht gar nicht so sein; gibt es  
doch auf dem Wege, den die Sendung passieren  
muß, für Unreife viele Möglichkeiten zur Be-  
seitigung.

Das Ansehen der Behörde selbst jedoch sehr  
unter solchen im geheimen gehegten Verdäch-  
tungen.

Ein Freund unseres Blattes, der ein großer  
Kunstfreund ist, abonniert eine deutsche Kunstschrift.  
Dieser Tage werden ihm die letzten zwei Nummern  
derselben durch die Post zugesandt. Beide sind in  
einem Umschlag, daß sie fertiggestellt werden müs-  
sen. Das eine Blatt zeigt statt für Blatt die Ab-  
brücke von schmutzigen Fingern (augenscheinlich hat  
ein Beamter es sich angesehen). Aus dem anderen  
Blatt ist ein Kunstblatt herausgeschnitten.

Man wird zugeben, daß der Staatsbürger un-  
ter solchen Verhältnissen jedes Vertrauen zu den  
Stellen, die von ihm bezahlt werden, verlieren  
muß!

Es gibt ein Mittel, diesen schmutzigen Zu-  
ständen, die aus Polen einen Polizeistaat machen,  
ein Ende zu bereiten: schafft die „Schwarzen Ka-  
binette“ ab, diese „eisernen Jungfrauen des  
Schicksals“!

A. K.

**Synode der reformierten Kirche Unab-**  
hängig von der evangelisch-lutherischen Synode  
am 18., 19. und 20. Juni in Warschau im  
Saale des Kirchenkollegiums, Besatz 20, die all-  
jährliche Sitzung der Synode der polnischen  
evangelisch-reformierten Kirche statt. Eine der  
wichtigsten Angelegenheiten der Synode betraf  
die Annahme des Grundgesetzes der polnischen  
evangelisch-reformierten Kirche. Durch die An-  
nahme dieses Gesetzes tritt dasjenige vom Jahre  
1849 außer Kraft. Der Art. 2 des Gesetzes,  
der die Zusammenfassung der Synode festsetzt, war  
Gegenstand einer lebhaften Diskussion.

Nach diesem Artikel besteht die Synode aus  
allen Geistlichen, den Mitgliedern des Konfite-  
riums sowie aus je 3 gewählten Delegierten aus  
den Gemeinden, Wohltätigkeitsinstitutionen sowie  
aus den bei den Gemeinden bestehenden sozialen  
Institutionen und Bildungsanstalten. Außerdem  
dürfen alle Reformierten (Männer und Frauen)  
an den Sitzungen der Synode mit beratender  
Stimme teilnehmen. Die Synode beschließt die  
Wahlordnung auf ein Jahr, nach Ablauf welcher  
Zeit die Synodalen in den Gemeinden gewählt  
werden. Ferner beauftragte sie das Konfite-  
rium, die Wahlordnung den einzelnen Gemeinden zur  
Begründung zu überreichen.

**Lohnbewegung des Gasthauspersonals.**  
Der Verband der Angehörigen der Speischauf-  
forderer eine 40 prozentige Gehaltssteigerung. In  
dieser Angelegenheit fand im Arbeitsinspektorial  
eine Konferenz statt. Die Gastwirte erklärten,  
daß sie diese Gehaltssteigerung nicht bewilligen  
würden. Ihren ablehnenden Standpunkt be-  
gründeten sie mit dem Befehl der Kommission  
zur Prüfung der Preise und Gewinne, die die  
Preise in den Restaurationen um 10 Prozent er-  
höhten, während das Fleisch um mindestens  
25 Proz. teurer wurde. Die Vertreter der An-  
gestellten forderten andererseits Gehaltssteigerung  
noch eine erhöhte Bezahlung für die Überstunden.  
Da die Verhandlungen zu keiner Einigung  
führten, mußten sie ergebnislos abgebrochen werden.

**Lohnbewegung unter den Postbeamten.**  
Die Beamten der Post- und Telegraphenämter  
fordern für die niedrigsten Beamten ein Mindest-  
gehalt von 60 000 M. monatlich, und für die  
Beamten, die bereits jetzt ein Mindestgehalt von  
75 000 M. erhalten, eine monatliche Familien-  
zulage von 15 000 M. Die erhöhten Gehälter  
sind ab 1. Juli zu zahlen. Der Verband der  
Post- und Telegraphenbeamten vereinigte sich mit  
dem Gewerkschaftenverband zwecks gemeinsamen Vor-  
gehens in der Lohnfrage.

**Gegen die Arbeitslosigkeit.** Auf  
Antrag des Abgeordneten Dr. Szymanski  
wurde beschlossen, eine strenge Kontrolle über die  
Ergebnisse der Arbeit der Magistratsbeamten  
durchzuführen. Die Mitglieder des Magistrats-  
parlamentes werden deshalb in den Voraus des  
öfteren Kontrollen durchzuführen.

**Ein Evangelisationsabend** wird heute  
im Saale des Junglingsvereins der St. Johannes-  
gemeinde abends 7 Uhr stattfinden. Herr Sager  
spricht über das Thema: „Wir evangelisch-lu-  
therischen Junglinge.“ Unsere männliche Jugend ist  
herzlich eingeladen. Auch die diesjährigen Konfir-  
manden sind mit den Eltern freundlich eingeladen.

Pastor J. Dietrich.

**Schulabschlussfeier im Lehrerseminar.**  
Vorgestern nachmittag fand im Evangelischen  
Lehrerseminar mit deutscher Unterrichtssprache in  
der Evangelischen Kirche die Feier des Abschlusses  
des Schuljahres statt. Die Preisverteilung bestan-  
den 12 Schüler: Wulf Hermann, Goltz Alfred,  
Zahle Edwin, Reil Edward, Herber Eugen,  
Kleiber Alexander, Polak Erwin, Stiel Alfred,  
Stielhiller Bruno, Tober Johann, Radosz Mar-  
tin und Otto Viktor. sowie 7 auswärtsgebrachte  
Junglinge: Kühn Theodor, Arndt Anna, Hein Olga,  
Bille Eugenie, Ossabach Eugenie, Nowak Adele,  
Payer Edith. Da der Unterricht bereits am  
14. Juni geschlossen worden war, nahmen nicht  
mehr alle Schüler an der Feier teil. Diese be-  
gann mit einem Musikstück. Direktor Michajda  
und Oberlehrer Wolff hielten Ansprachen, wor-  
auf Seminarlehrer Raths Bericht erstattete  
über das Internat. Zwischenmahl wurde gesun-  
gen und musiziert.

Es ist zu bemerken, daß unter der Leitung  
des Herrn Sobocinski Handfertigkeitsunterricht  
eingeführt wurde. Die Schüler machten be-  
wundernde Fortschritte. Die besten der angefertigten  
Arbeiten sind im Seminar bis zum 29. Juni  
ausgestellt und ansehnlich zu besichtigen.

**Der Streik der Rifenmacher ist be-**  
endet. Auf einer im Arbeitsinspektorial stattge-  
fundnen Konferenz erklärten die Arbeitgeber, daß  
ein Vertrag zwischen den Meistern und Arbeitern  
nicht bestehe. Sie seien jedoch gewillt, die Löhne  
nach den Sätzen in der Textilindustrie zu regeln.  
Eine lebenslange Erhöhung der Löhne in der ge-  
nannten Industrie soll gleichzeitig für die Rifen-  
macher maßgebend sein. Die Vertreter der Ar-  
beiter erklärten sich mit dieser Regelung einver-  
standen so daß der Streik der Rifenmacher für  
beendigt anzusehen ist.

**Die Geschäftszeit am Sonntag.** Nach  
der Verordnung des Polizeikommandanten vom  
14. Februar 1920 dürfen am Sonntag nur die  
Blumengeschäfte und die Molkereien bis 10 Uhr  
morgens geöffnet sein. Nach Verknüpfung des  
Regierungskommissariats mit dem Arbeitsinspek-  
torat dürfen jetzt alle Geschäfte am Sonntag bis 10 Uhr  
morgens geöffnet sein.

**Zur Vermeidung von Hausfeuern.**  
Da in den letzten Tagen einige Ballone abge-

## Zu vermieten in Danzig,

Geschäftsräume mit Keller für Spe-  
dikure sowie Filialen mit Warenlager.  
Off. unter „B. K. Danzig“ an die  
Geschäftsst. d. Blattes. 2965

brauchen sind, wobei in einem Fall sogar zwei Per-  
sonen ums Leben kamen, und weil der abfallende  
Bau die Vorübergehenden gefährdet, ist aus diesem  
Grunde im Magistrat eine Sitzung abgehalten  
worden. Auf Vorschlag des Vize-Präsidenten Dr.  
Szymanski beschloß der Magistrat, dem Bauausschuß  
den Auftrag zu geben, im Laufe von zwei Wochen  
den Entwurf einer ständigen Kontrolle der Bodenzu-  
stände auszuarbeiten. Außerdem wurde beschlos-  
sen, alle Einwohner anzuweisen, jedes baufällige  
Gebäude dem Bauausschuß zu melden. Diese Maß-  
nahmen sollen Unglücksfälle, wie sie z. B. in Bern-  
berg vorgekommen sind, wo ein ständiges Gebäude  
eingestürzt und viele Menschenleben vernichtet hat,  
vermeiden.

**Bewaffneter Bankräuberfall.** Vorga-  
tern um halb zehn Uhr abends sind die nach  
Silesien fahrenden Kaufleute Jakob Bielecki  
aus Tressen, Faber Joseph und Wolk Waler  
von maskierten Banditen überfallen, gemißhandelt  
und beraubt worden.

**Ueberraschung.** Von der elektrischen Straßen-  
bahn wurde vor dem Hause 17 in der Kapler-  
straße eine gewisse Valentin Bednarek über-  
fallen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die  
Ueberraschung wachte in derselben Straße im  
Hause 28.

**Unfall.** Während des Aufspringens auf das  
Treppstiegen eines Wagens der Straßenbahn stürzte  
Mitschalam Hydzynski und trug Verletzungen am  
Körper davon. Ein Krankenhaustechniker erteilte ihm  
die erste Hilfe.

## Spenden.

Aus ist nachstehende Spende zur Weitergabe  
ermittelt worden, für die wir dem Spender im  
Namen der Bedachten herzlich danken.

Für die Wolga-Deutschen: von  
Herrn Siebe ein Paket.

## Vereine u. Versammlungen.

**Christlicher Konsumverein.** g. l. l. Die  
in der Generalversammlung vom 17. d. M. ge-  
wählten Vorstandsmitglieder haben die Konten  
wie folgt unter sich verteilt: Vorsitz des Vereins  
Herr Emil Fimm, Vizepräsident: Otto Egel  
und Otto Grotz; Schriftführer: Albert Michalek  
und Gustav Grotz; Kassierer: Otto Buchholz  
und Gustav Kestel; Stellenvormittlung: Alfred  
Wyrwick, Karl Kozny; Wohltätigkeit: Sigmund  
Dagge; Riet Oswald Kozny; Gefangenenhilfe:  
Johann Giner und Berthold Anders; Vergnügungs-  
kommission: Otto Kaiser; Archivar: Gustav Jura;  
Vertreter in dem Verbande der landwirtschaftlichen  
Vereine: Gustav Schwarz; Vorsitzende der Damen-  
sektion: Frau Gertrud Wolf.

## Letzte Nachrichten.

### Diesse als Freibafen.

**Charlow, 24. Juni (A. M.)** Aus Odesa  
wird aus glaubwürdiger Quelle berichtet, daß die  
Sowjetbehörden beschloffen haben Odesa als  
Freihafen zu erklären. Die Sowjetbehörden  
haben mit der Klärung der Stadt und des  
Hafens begonnen, an ihrer Stelle übernimmt die  
Odesaer Militär den Schutz der Stadt. Die Er-  
klärung Odesas als Freihafen soll auf Grund  
einer Verständigung mit Amerika er-  
folgen, das besondere Hafenkonzessionen erhält.

### Verhaftungen in London.

**London, 24. Juni (Pat.)** In Verbindung  
mit der Ermordung des Feldmarschalls Milson  
wurden 15 Männer und 1 Frau verhaftet, bei  
denen Bomben vorgefunden wurden.

### Weitere Klärung Oberschlesiens.

**Rattow, 24. Juni (Pat.)** Heute wurde  
mit der Klärung der dritten Zone begonnen.  
Den Sicherheitsdienst hat die polnische Polizei  
übernommen. Am Sonntag werden die Truppen  
der Verbündeten zurückgezogen.

## Kirchliche Nachrichten.

### Trinitatis-Kirche

**Sonnabend, 7 Uhr abends** Vorbereitung zum hl.  
Abendmahl. Pastor Gumbach. — **Sonntag, morgens**  
8 Uhr Frühgottesdienst. Pastor Zander. — **Vormit-**  
tags 10 Uhr Beichte, 10<sup>15</sup> Uhr Hauptgottesdienst  
nebst hl. Abendmahl. Pastor Gumbach. — **Mittags**  
12 Uhr Gottesdienst nebst hl. Abendmahl. Pastor  
in zollischer Sprache. Pastor Zander. — **Nachmittags**  
4<sup>15</sup> Uhr Kindergottesdienst. — **Mittwoch, 7 Uhr**  
abends Bibelstunde. Pastor Gumbach.

### In der Armenhaus-Kapelle.

**Dienstag, vormittags 10 Uhr** Segensgottesdienst.  
**Freitag, vormittags 10 Uhr** Segensgottesdienst.  
**Sonntag, nachmittags 4 Uhr** Versammlung der  
Jungfrauen.

**Junglingsheim, Petrikauer Str. 4.**  
**Sonntag, abends 7 Uhr** Versammlung der  
Junglinge.

**Kantorat, (Ruhard), Alexanderstr. 25.**  
**Donnerstag, 7 Uhr abends** Bibelstunde. Pastor  
Zander.

**Kantorat, (Walsh), Rawaschstr. 25.**  
**Donnerstag, abends 8 Uhr** Bibelstunde. Pastor  
Gumbach.  
Die Amtswache hat Herr Pastor Gumbach.

## Dr. med. H. Roschaner

zurückgekehrt.  
Haut- und Geschlechtskrankheiten. — Dienstreise 9.  
von 8-10.30 Uhr und von 4-8 Uhr abends. 2667

## Die Lage im Handel und in der Industrie.

Auf dem Markte sind keine bedeutende  
Veränderungen zu verzeichnen. In der  
Wollbranche hält der Stillstand an. Die  
Preise für Wollwaren ändern sich seit dem  
Februar nicht obwohl während dieser Zeit  
die Preise für Wollgarn gestiegen sind. Die  
Gründe der letzten Erleichterung liegen im  
Steigen des Preises der Wolle ferner kom-  
men hinzu: Erhöhung der Arbeiterlöhne,  
Umlatzsteuer, Abgaben an die Krakenkasse,  
Steigen der Preise der Kohlen und des elek-  
trischen Stromes sowie das Emporsteigen  
des Dollarkurses. Deshalb kann seit Februar  
zwischen den Wollgarn- und Wollwaren-  
preisen kein Ausgleich erreicht werden.

Auch dem Baumwollmarkt droht der  
Zusammenbruch. Er liegt das Hauptgewicht  
meist auf die Ausfuhr. Da aber die Ar-  
beitslöhne und der Dollarkurs sehr gestiegen  
sind, ist es zweifelhaft, ob man mit den aus-  
ländischen Erzeugnissen wird konkurrieren  
können.

Im Laufe der letzten Woche wurden  
hauptsächlich Waren für die Ausfuhr nach  
Rumänien und Oesterreich gekauft,  
der mit unseren Waren überfüllte Wiener  
Markt liefert nach dem Balkan und der  
Türkei.

Eine eritenliche Erleichterung bietet jetzt  
die Polnische Landesbankkassa, die den  
Industriellen unter leichteren Bedingungen  
größeren Kredit gewährt. Dennoch können  
diese Kredite höchstens 25 Proz. des Löhner  
Bedarfs befriedigen. Die Industriellen sind  
aber auch damit zufrieden, können sie doch  
vom Privatkredit nur unter großen mate-  
riellen Opfern Gebrauch machen. Der Geld-  
mangel herrscht weiter in Łódź. Die Ge-  
schäftswelt bedient sich der Wechsel.

Die Zukunft der Industrie ist nichts we-  
niger als toll. Es ist noch nicht so lange  
her, daß die letzte Lohnerhöhung erfolgte  
und schon haben die Arbeitervereinigungen  
neue Forderungen gestellt: 1. 50 Proz. Zu-  
schlag zu den Januargehältern, 2. Regelung  
der Urlaubsfrage, 3. Unterzeichnung eines  
Kollektivvertrages. Was die Lohnerhöhung  
anbelangt, so haben die Verwaltungen der  
Industriellenvereinigungen hierzu noch nicht  
Stellung genommen. Diese Angelegenheit  
soll von den Versammlungen der Industri-  
ellen in der künftigen Woche geregelt werden.  
Die Urlaubsfrage wird auf Grund der be-  
stehenden entsprechenden Bestimmungen ge-  
regelt werden. Die 3. Forderung ist noch  
nicht erledigt. Obwohl der Vertrag bereits  
dreimal gelehrt worden ist, hat man sich  
über die endgültige Fällung noch nicht ein-  
igen können. Wenn diese Angelegenheit  
nicht bald geregelt werden wird, stehen wir  
jedenfalls am Vorabend neuer langwieriger  
Belästigungen, Verammlungen und Forde-  
rungen.

## Polnische Börse.

**Warschau, 24. Juni.**  
1485-149 0-1490  
4<sup>15</sup> Proz. Präm. d. Bodenkreditges. 58 75-58 50  
2. 190 M. 235  
6 Proz. Obl. d. St. Warschau 16 88  
6 Proz. Anl. der Voraussetzt 88

### Valuten:

Dollars 41 15 4530-4587<sup>15</sup>  
Pfund Sterling 19700-19890  
Deutsche Mark 13.45-13.50

### Checks:

Belgien 368 369  
Berlin 13.35-13.45-13.50  
Danzig 18.40  
London 19<sup>00</sup> 19050-19250  
New-York 4535 4580  
Paris 384.390 3890<sup>15</sup>  
Erag 87-80  
Wien 26.50-26.75

### Aktien:

Warsch. Handelsbank 6400-6300  
Kaufmannsbank 700  
Westbank 3650-3800  
Zuckerfabr. „Czestochowa“ 4400  
Hols-Industrie 1575  
Lilpop 39<sup>75</sup> 4085  
Ziellinski 1850 1900  
Starachowice 6125 6200-6175  
Borkowski 14 0-1375  
Naphtha 1925  
Kreditbank 3580-3400  
Genossenschaftsbank 4500  
Verknüpfte poln. Landesgenos-  
senschaftsbank 1450  
Warsch. Ges. d. Zuckerfabr. 43000 42500-4150  
Kohlengewerkschaft 7850-7700  
„Modrzejow“ 8300-8475-8450  
Kudski 2550-2775  
Zyrardow 76300-77 00  
Schiffahrtsgesellschaft 1875-1909-1890

## Baumwolle.

**Liverpool, 28. Juni.** Baumwoll-  
umsatz 15,000 Ballen, Einfuhr (11.850) 700,  
Juni (18.56) 13,28 Juli (13.41) 13,14, August  
(18.80) 13,04, Amerikanische Baumwolle  
um 7 Punkte niedriger, ägyptische un-  
verändert.

Hauptgeschäftsführung Adolf Kargel.

Verantwortlich: für Politik: Hugo Wiegore,  
für Lokales und den übrigen unpolitischen Teil: Adolf  
Kargel; für den Anzeigenteil: Gustav Ewald; Druck  
und Verlag: Verlagsgesellschaft „Łódzkie Pismo“ m. b. c.  
Leiter Dr. Eduard v. Behrens.



